BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2011

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Träume bereichern unser Leben und lassen uns Einzigartiges erreichen. Und wie groß ist die Freude, wenn ein Traum in Erfüllung geht. Bausparen hilft (Freuden)Sprünge machen!

Inhalt

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung **6**

Zur konjunkturellen Lage 6

Entwicklung des Wohnungsneubaus 10

Geschäftsentwicklung der deutschen Bausparkassen 18

Ausblick 19

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen **24**

Neugeschäft 24

Entwicklung des Vertragsbestandes 27

Geldeingang 29

Auszahlungen und Wohnungsbaufinanzierungen 30

Anzahl und Personalstärke der privaten Bausparkassen 32

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland **33**

Wohnungspolitische Diskussion **36**

Umfragen zum „Sparklima" in Deutschland **42**

Eigenkapitalvorschriften **52**

Neufassung der EU-Vorschriften über eine angemessene Eigenkapitalausstattung 52

Nationale Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften der EU 54

Risikomanagement **56**

Mindestanforderungen an das Risikomanagement 56

Erfassung des Zinsänderungsrisikos 57

Bankaufsichtliches Meldewesen **58**
Standards der European Banking Authority 58
Modernisierung des nationalen bankaufsichtlichen Meldewesens 59

Restrukturierungsgesetz; Bankenabgabe **60**

Eigenheimrentengesetz **64**
Änderung der Vorschriften 64
Umsetzung des Eigenheimrentengesetzes 65

Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA) **67**
EU-Regulierung des Hypothekarkredits **68**
Reform der Einlagensicherung **69**
Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen **70**
Regulierung der Vermittler **71**
Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen **72**

Anhang

Verzeichnis der Tabellen 78
Verzeichnis der privaten Bausparkassen 98
Der Verband der Privaten Bausparkassen 99

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE

Im Jahr 2011 ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 3,0 Prozent gestiegen. Damit wuchs die deutsche Wirtschaft auch nach dem kräftigen Aufschwung im Jahr 2010 weiter. Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich deutlich besser als in allen anderen wichtigen Staaten der Eurozone. Die Wachstumsrate resultierte jedoch zu einem großen Teil aus einem statistischen Basiseffekt. Gemessen am konjunkturellen Klima in der Europäischen Union setzte aber auch die Inlandsnachfrage kräftige Impulse.

Als wichtige Größe stellten sich die privaten Konsumausgaben dar, die um 1,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 stiegen. Vor dem Hintergrund der Debatte über die Zukunft der Eurozone mag dies auf den ersten Blick verwundern. Tatsächlich ist die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt aber so gut wie seit Jahren nicht mehr und befeuert die Nachfrage nach Konsumgütern. Auch die Bruttoanlageinvestitionen trugen positiv zum Wachstum bei (+6,5 Prozent gegenüber 2010). Zwar war die Zuwachsrate etwas geringer als im Vorjahr, was insbesondere auf die verlangsamte Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen war (+8,3 Prozent). Dafür legten die Bauinves-

titionen mit 5,4 Prozent stärker zu als noch im Vorjahr mit 2,2 Prozent. Ausfuhren (+8,2 Prozent) und Einfuhren (+7,2 Prozent) wuchsen nicht mehr in demselben Tempo wie 2010. Die Differenz zwischen Exporten und Importen trug zugleich weniger zum Bruttoinlandsprodukt bei als im Vorjahr.

Im Durchschnitt des Jahres 2011 waren etwas weniger als 3 Mio. Menschen arbeitslos, über 262.000 weniger als 2010. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 Prozent.

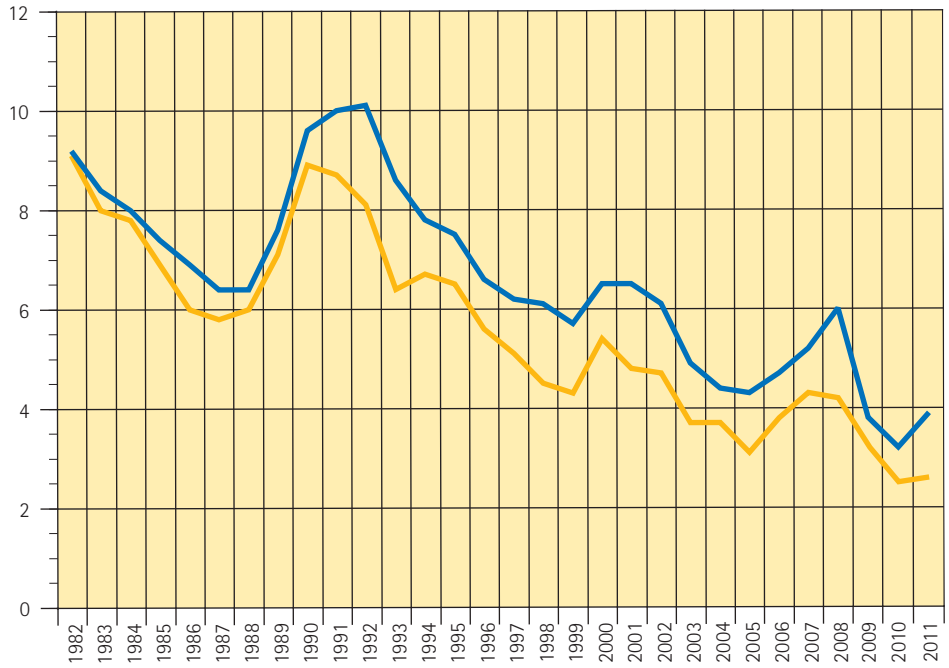
Die Bruttolöhne und -gehälter erhöhten sich vor diesem Hintergrund in der Summe um 4,7 Prozent, die Nettolöhne und -gehälter verbesserten sich verglichen damit nur um 3,7 Prozent. Die Reallöhne wuchsen bedingt durch die Inflationsrate von 2,3 Prozent im Jahr 2011 nur um 1,0 Prozent. Das verfügbare Einkommen wuchs um 3,2 Prozent. Die Sparquote lag 2011 bei 11,0 Prozent und damit annähernd auf demselben Niveau wie im Jahr 2010. Insgesamt sparten die Haushalte 181,4 Mrd. Euro.

Die gestiegene Bautätigkeit und die anhaltend hohe Nachfrage nach Bauleistungen haben den Baupreisindex für Wohngebäude getrieben. Er lag im Jahr 2011 bei 117,0 nach 113,9 im Jahr 2010. Damit verteuerten sich die Bauleistungen um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr und notierten höher als die Inflationsrate. Vor allem Mehrfamiliengebäude wurden teurer (+3,0 Prozent).

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 verteuerte sich Bauland um 10,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei lag der Preisindex in jedem der betrachteten Quartale über dem des Vorjahres. Allerdings hatte sich bereits im Schlussquartal des Jahres 2010 ein deutlicher Preisschub eingestellt, der sich im Jahr 2011 fortsetzte. Insofern ist eine valide Interpretation der Daten erst nach Veröffentlichung des Baupreisindex für das vierte Quartal 2011 möglich.

Das Zinsniveau für Wohnungsbaukredite hat nach Angaben der Deutschen Bundesbank im vergangenen Jahr nur leicht angezogen. Von 4,0 Prozent im Jahr 2010 stiegen die Zinsen im Jahresdurchschnitt 2011 auf 4,1 Prozent. Im April 2011 lag das Zinsniveau mit 4,5 Prozent am höchsten, schmolz bis zum Jahresende aber stetig auf 3,5 Prozent ab. Trotz der hohen Kreditnachfrage und der angespannten Eigenkapitalsituation vieler Banken machten sich die Leitzinssenkung und die Anbieterkonkurrenz in der Wohnungsfinanzierung wieder bemerkbar.

Zinsentwicklung in Deutschland von 1982 bis 2011 in Prozent



Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere
Zinssätze für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke
(Gleitzinsen ab 2003 variabel oder mit Zinsfestschreibung bis 1 Jahr)

ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

Im Jahr 2011 wurden erheblich mehr Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt als im Jahr 2010. Die Zahl stieg um knapp 41.000 auf 228.000. Dies entspricht einem Plus von 21,7 Prozent. Bereits im Jahr 2010 war ein deutliches Plus bei den Wohnungsbaugenehmigungen verzeichnet worden (+5,5 Prozent). Die hohen Wachstumsraten vollzogen sich aber ausgehend von einem niedrigen Niveau.

Zum Bau von Wohnungen in Wohngebäuden wurden in Deutschland 200.000 Genehmigungen erteilt, das waren 35.000 oder 21,6 Prozent mehr als im Jahr 2010. Abermals zog die Nachfrage nach Eigentumswohnungen kräftig an (+42,4 Prozent). Der Zuwachs bei den Genehmigungen zum Bau von Zweifamilienhäusern war mit 7,3 Prozent der geringste unter allen wichtigen Wohnungsarten. Für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern wurden 10,2 Prozent mehr Genehmigungen erteilt. Fast die Hälfte der Baugenehmigungen in Wohngebäuden entfiel auf Einfamilienhäuser; hier fiel der Zuwachs betragsmäßig auch am stärksten aus (+15.000 oder 19,6 Prozent).

In den alten Bundesländern stieg die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen um 20,8 Prozent auf 194.000. Verhältnismäßig stärker wuchs die Genehmigungszahl in den neuen Ländern (+26,8 Prozent auf 34.000). Zum Bau von Wohnungen in Wohngebäuden wurden 2011 im Westen 172.000 Geneh-

migungen erteilt (+29.000 bzw. 20,7 Prozent), im Osten waren es 28.100 und damit 6.000 mehr als im Jahr 2010 (+26,9 Prozent). Damit verzeichnen inzwischen auch die neuen Länder wieder eine Steigerung der Genehmigungszahlen.

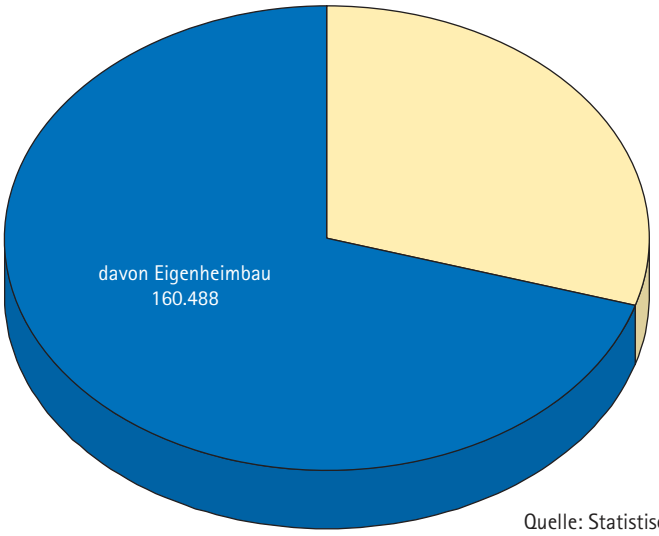
Im Westen wurde der Bau von 44.000 Eigentumswohnungen genehmigt, das waren 38,0 Prozent mehr als 2010. Für Einfamilienhäuser wurde 78.000 Mal die Erlaubnis zum Bau erteilt, was einem Plus von 19,6 Prozent entspricht. Sie zeichneten für fast die Hälfte aller Baugenehmigungen verantwortlich. Bei den Zweifamilienhäusern wurden im vergangenen Jahr 1.000 Genehmigungen mehr erteilt als 2010, was einem Wachstum um 7,0 Prozent auf 16.000 entspricht. Für den Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erteilten die Behörden 30.000 Genehmigungen (+9,7 Prozent) und erlaubten in 18.000 Fällen den Ausbau zu Wohnungen (+17,0 Prozent).

Im Osten der Republik wurde das stärkste Wachstum bei den Eigentumswohnungen verzeichnet. Hier stieg die Zahl um 91,8 Prozent auf 5.400. Auch für Einfamilienhäuser wurden im Jahr 2011 deutlich mehr Genehmigungen erteilt als im Jahr 2010, nämlich 15.500 und damit 2.500 oder 19,6 Prozent mehr. Zum Bau von Zweifamilienhäusern wurden 1.700 Genehmigungen erteilt (+10,1 Prozent), bei Mehrfamilienhäusern waren es 13,2 Prozent mehr Genehmigungen, was eine Steigerung auf 5.400 Wohnungen bedeutet. Um fast ein Viertel (+24,4 Prozent) stieg die Genehmigungszahl für den Ausbau von Wohnungen in Nichtwohngebäuden.

Mein Traum: Die coolste Penthouse-Wohnung, die man sich vorstellen kann. Genug Raum zum Leben und Arbeiten.

Die Entwicklung verdeutlicht auch, dass der Eigenheimbau die tragende Säule des Wohnungsbaus ist. Etwas mehr als 70 Prozent der Baugenehmigungen gingen im Jahr 2011 auf den Eigenheimbau zurück. Das Wachstum der Genehmigungszahlen für Eigenheime entwickelte sich außerdem dynamischer als im gesamten Wohnungsbausektor.

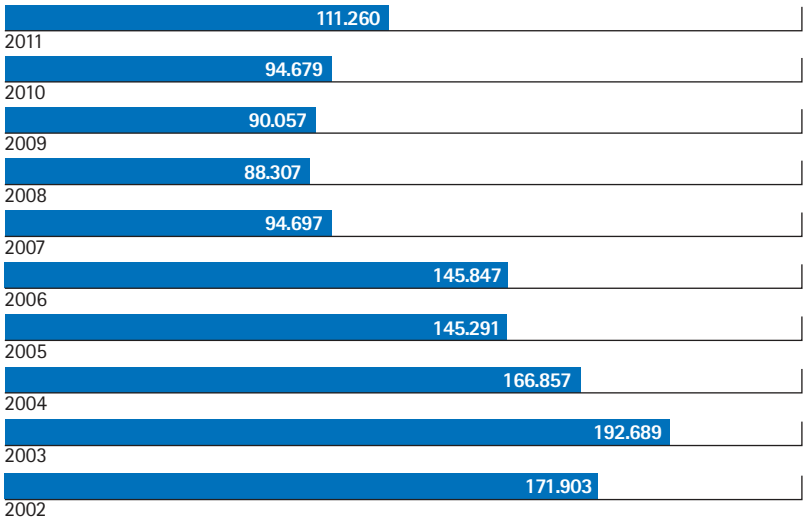
Anteil des Eigenheimbaus an den Wohnungsbaugenehmigungen 2011 (Wohnungen insgesamt = 228.395)



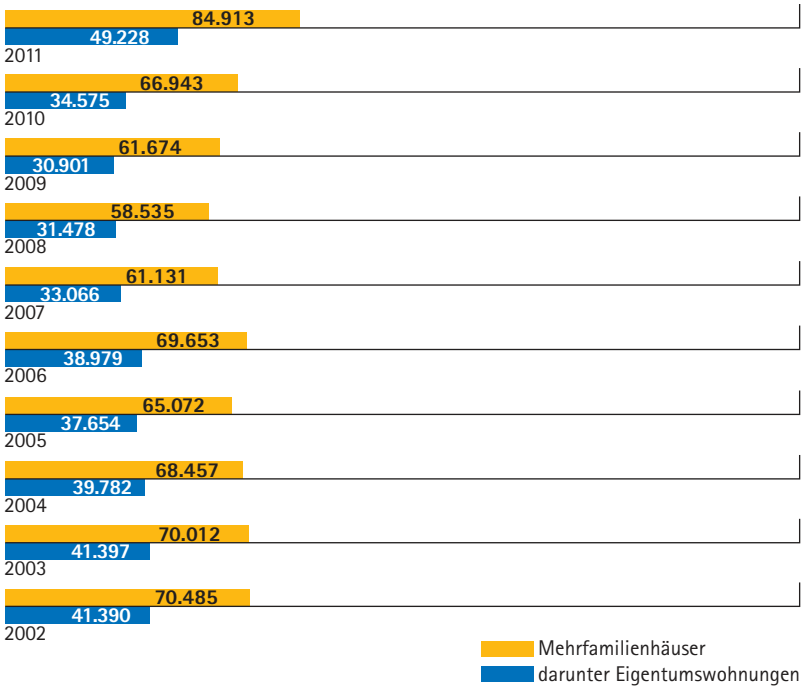
Quelle: Statistisches Bundesamt

Im Jahr 2011 wurden in Deutschland gut 183.000 Wohnungen fertig gestellt. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren das 23.000 Wohnungen oder 14,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Davon entfielen auf den Eigenheimbau (Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Eigentumswohnungen) knapp 130.000. Hier betrug der Zuwachs 15,1 Prozent.

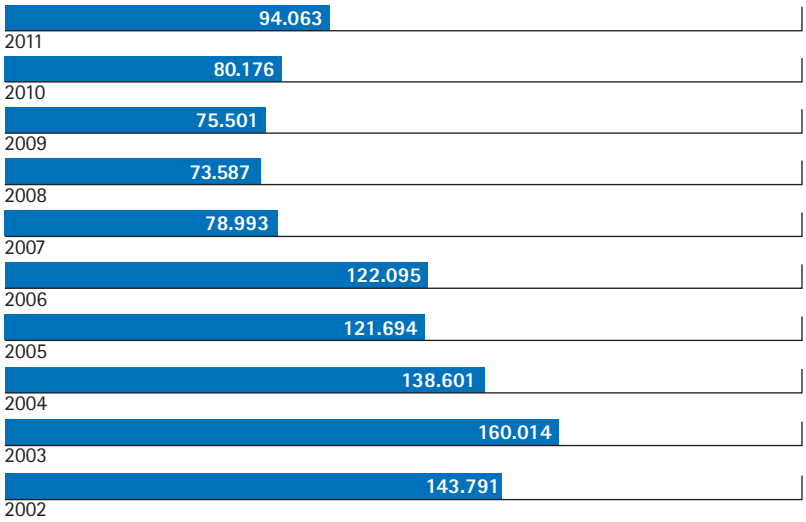
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland 2002 bis 2011



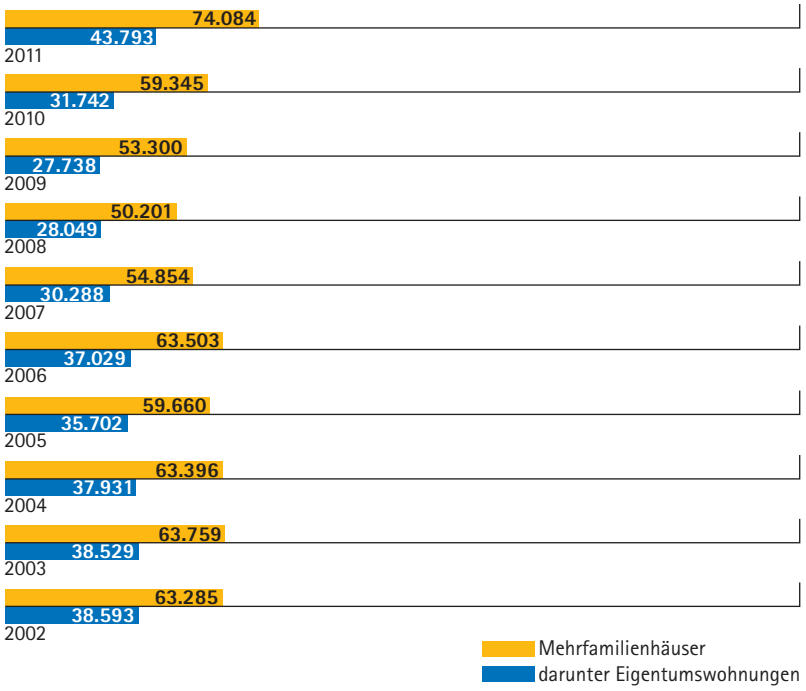
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Deutschland 2002 bis 2011



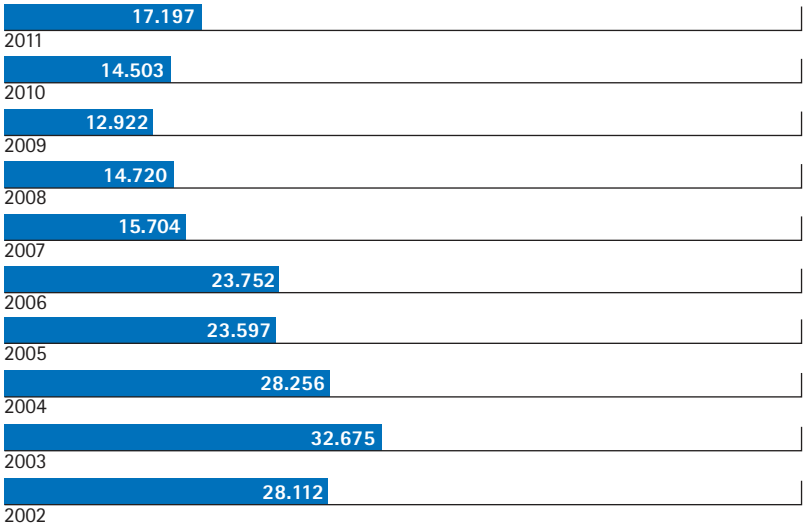
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2002 bis 2011



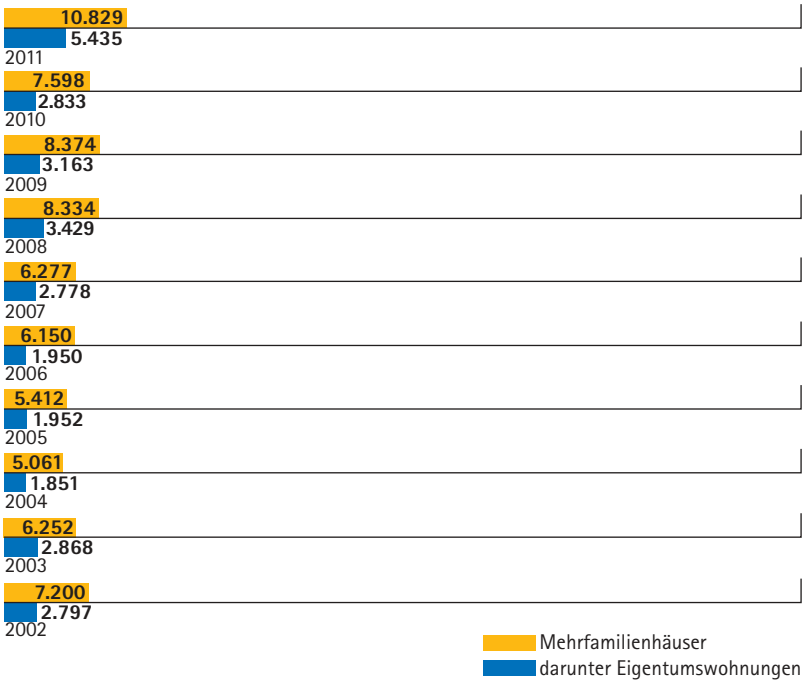
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2002 bis 2011



Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2002 bis 2011



Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2002 bis 2011



GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BAUSPARKASSEN*

Bei den deutschen Bausparkassen wurden im Jahre 2011 gut 3,1 Mio. Bausparverträge über eine Bausparsumme von 100,2 Mrd. Euro abgeschlossen. Die Bausparer übertrafen damit das Ergebnis des Vorjahres um 7,3 Prozent nach der Bausparsumme (und um 0,7 Prozent nach der Vertragszahl).

Die Bausparer in Westdeutschland zeichneten 2,6 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 86,4 Mrd. Euro. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin wurden gut 500.000 Verträge über eine Bausparsumme von 12,5 Mrd. Euro abgeschlossen. Nach der Bausparsumme belief sich der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den gesamten Neuabschlüssen auf 64,4 Prozent (+1,5 Prozentpunkte).

Die Bausparsumme des Gesamtbestandes an Bausparverträgen bei den deutschen Bausparkassen erhöhte sich 2011 um 3,0 Prozent auf 804,0 Mrd. Euro. Zwei Drittel des Vertragsbestandes wurden weiterhin von privaten Bausparkassen verwaltet. Die Anzahl der bestehenden Verträge belief sich nahezu unverändert auf 30,0 Mio. (-0,1 Prozent).

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Der Gesamtgeldeingang bei den deutschen Bausparkassen ging um 2,8 Prozent leicht auf 38,8 Mrd. Euro zurück. Davon entfielen 27,2 Mrd. Euro auf Spargeldeingänge (-1,1 Prozent).

Im Zuge der guten Wirtschaftsentwicklung gaben auch die privaten Haushalte ihre Zurückhaltung bei Investitionsentscheidungen zunehmend auf und fragten mehr Baugeld von Bausparkassen nach. Deren Finanzierungsleistungen nahmen 2011 um 9,1 Prozent auf 32,9 Mrd. Euro zu. Der Marktanteil der privaten Bausparkassen an den Finanzierungsleistungen belief sich auf 71,0 Prozent.

AUSBLICK

Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zeichnet ein leicht optimistisches Bild von der konjunkturellen Lage in Deutschland. Zwar steht Deutschland noch unter dem Eindruck der Finanz- und Schuldenkrise in den Staaten der Europeripherie. Doch die Binnennachfrage setzt weiterhin positive Impulse und im weltwirtschaftlichen Umfeld gibt es leichte Anzeichen einer Erholung. Das unerwartet kräftige Plus des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal 2012 (+0,5 Prozent gegenüber 4. Quartal 2011) ist trotz der Unsicherheiten aus der Europeripherie ein Ausdruck der hohen Wirtschaftskraft in Deutschland.

Die Institute gehen davon aus, dass die EZB sich bei ihrer geldpolitischen Marschrichtung von der schwachen Konjunktur und der hohen öffentlichen Verschuldung in den Staaten der Eurozone leiten lassen wird. Insofern wird mit einem Verharren des Leitzinses auf seinem Niveau von 1,0 Prozent mindestens bis Ende 2013 gerechnet.

Für das Jahr 2012 rechnen die Institute mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 0,9 Prozent. Das Wachstum des Vorjahres kann zwar nicht mehr wiederholt werden, aber der Ausblick stellt sich positiver dar als noch im Herbst 2011. Dazu tragen mehrere Faktoren bei: Einerseits befeuert der hohe Beschäftigungsstand die private Konsumgüternachfrage. Andererseits sorgt das niedrige Zinsniveau für eine positive Investitionsgüternachfrage. Die Maßnahmen zur Unterstützung der Eurozone und das freundlichere Klima in der Weltwirtschaft führen zu einem Anstieg der Exporte. Die Bruttoanlageinvestitionen werden schätzungsweise um 2,8 Prozent höher liegen als im Vorjahr, darunter die Bauinvestitionen mit 2,3 Prozent. Die privaten Konsumausgaben dürften um 0,9 Prozent steigen, während der Staatskonsum um 1,3 Prozent zulegen dürfte. Den Importen (+3,7 Prozent) wird ein stärkerer Anstieg als den Exporten (+3,1 Prozent) vorhergesagt, insofern sinkt der Außenbeitrag zum Bruttoinlandsprodukt.

Die Wirtschaftsleistung dürfte im Jahr 2012 von 41,6 Mio. Menschen erbracht werden. Damit setzt sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort und die Zahl der Arbeitslosen dürfte auf 2,8 Mio. schrumpfen. Dies entspräche einer Quote von 6,6 Prozent.

Bei den Verbraucherpreisen erwarten die Institute eine Verteuerung um 2,3 Prozent in Deutschland wie auch in der gesamten Eurozone. Damit würde das von der EZB definierte Ziel der Preisniveaustabilität von unter, aber nahe 2,0 Prozent abermals nicht erfüllt werden. Die Diskrepanz zwischen konjunktureller bzw. fiskalischer Einflussnahme auf der einen Seite und stabilitätspolitischem Auftrag auf der anderen Seite verschärft sich zusehends. Der Finanzierungssaldo des Staates verringert sich auf -0,6 Prozent, in absoluten Zahlen werden 15,8 Mrd. Euro neue öffentliche Verbindlichkeiten eingegangen.

Die Wissenschaftler der Forschungsinstitute rechnen mit einer weiteren Belebung der Wirtschaft im Jahr 2013 und einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,0 Prozent. Als wichtigstes Risiko des Aufschwungs sehen die Gutachter die Staatsschuldenkrise in der Eurozone und die Gefahr, dass Reformen in den betroffenen Staaten nicht umgesetzt werden. Die Erholung hängt auch davon ab, ob den Vereinigten Staaten die Rückkehr zu mehr Wachstum gelingt. Zudem identifizieren die Wirtschaftsforscher ein Risiko in der expansiven Geldpolitik der EZB, die zur Blasenbildung, insbesondere bei Rohstoffen, beitragen könnte.

Unser Traum: Später nicht nur ein tolles Haus, sondern auch eine sichere Altersvorsorge zu haben.

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen*

NEUGESCHÄFT

Die Bausparer schlossen im Jahre 2011 bei den privaten Bausparkassen 1,9 Mio. neue Bausparverträge über eine Summe von 64,5 Mrd. Euro ab. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge stieg um 1,5 Prozent, das Abschlussvolumen um 9,9 Prozent.

Die Bausparer erhöhten 2011 zudem bei 170.000 bestehenden Verträgen mit privaten Bausparkassen nachträglich die Summe. Die durchschnittliche Bausparsumme je eingelöstem Bausparvertrag (einschließlich Erhöhungen) belief sich auf 34.500 Euro (+8,2 Prozent). Die durchschnittliche Bausparsumme lag in den alten Bundesländern (mit 35.800 Euro) um ein Drittel höher als in den neuen Bundesländern (mit 26.800 Euro).

Von den Neuverträgen entfielen 1,5 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 54,5 Mrd. Euro (+10,4 Prozent) auf Bausparer aus den westdeutschen Bundesländern. In den neuen Bundesländern und Berlin wurden 320.000 Verträge über eine Bausparsumme von 8,7 Mrd. Euro (+6,7 Prozent) abgeschlossen. Der Summe nach entfielen damit 13,5 Prozent der neuen Bausparverträ-

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

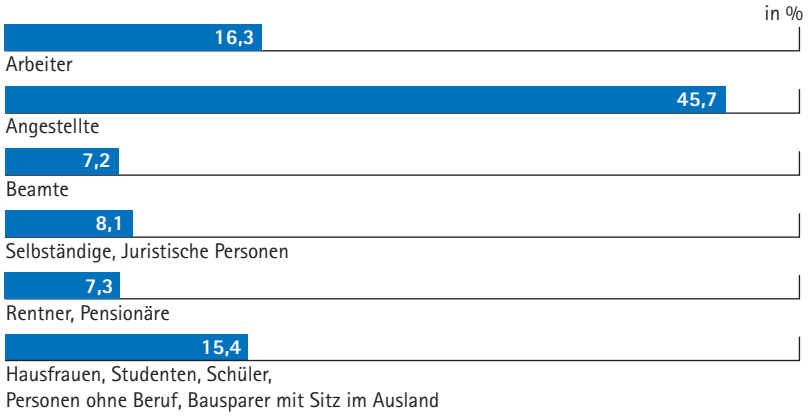
ge mit einer privaten Bausparkasse auf Ostdeutschland. Außerdem zeichneten Bausparer mit Sitz im Ausland (in der Regel in der Europäischen Union) gut 20.000 Verträge über eine Bausparsumme von 1,3 Mrd. Euro (2,0 Prozent der Neuabschlüsse).

Die Neuverträge mit den privaten Bausparkassen wurden auch 2011 in der überwiegenden Mehrzahl von Arbeitnehmern abgeschlossen. Der gesamte Anteil der Abschlüsse von Arbeitern, Angestellten und Beamten belief sich auf 69,2 Prozent gemessen an der Bausparsumme (68,2 Prozent nach der Stückzahl).

Für die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und sonstiger Personen ohne Beruf sowie von Bausparern mit Sitz im Ausland ist ein summenmäßiger Anteil von 15,4 Prozent an den Neuverträgen zu verzeichnen. Für Rentner und Pensionäre ergibt die Aufschlüsselung der Neuabschlüsse nach der Bausparsumme einen Anteilswert von 7,3 Prozent.

Die von den Bausparkassen seit dem 1. November 2008 angebotenen Altersvorsorge-Bausparverträge stoßen auf wachsende Nachfrage. Im Jahre 2011 wurden nach der Bausparsumme 7,3 Prozent mehr Altersvorsorgeverträge mit privaten Bausparkassen als im Vorjahr abgeschlossen. Auf das neue Marktsegment entfielen gut 150.000 Stück über eine Bausparsumme von 5,3 Mrd. Euro.

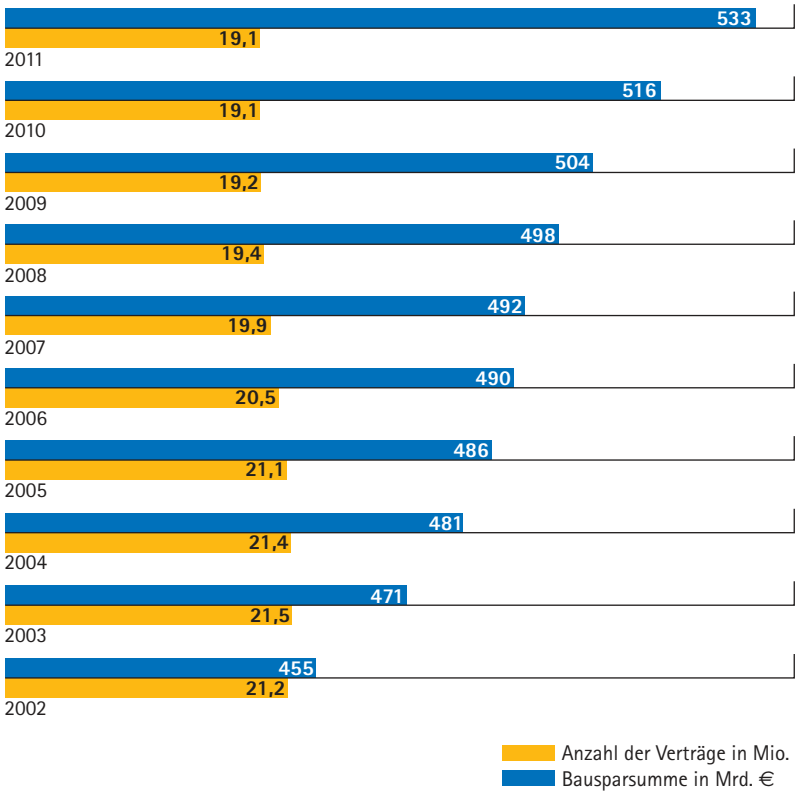
Bei den privaten Bausparkassen 2011 neu abgeschlossene Bausparverträge nach Berufsgruppen (Anteile an den Neuabschlüssen nach der Bausparsumme)



ENTWICKLUNG DES VERTRAGSBESTANDES

Am Jahresende 2011 betreuten die privaten Bausparkassen 19,1 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 533,2 Mrd. Euro (+3,3 Prozent). Der Anteil der Verträge in der Sparphase am gesamten Vertragsbestand nach der Bausparsumme erhöhte sich auf 87,8 Prozent.

Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011



Die Bausparsumme der Verträge des nicht zugeteilten Bestandes stieg 2011 um 4,0 Prozent auf 468,3 Mrd. Euro an. Die durchschnittliche Bausparsumme der Verträge in der Sparphase, die seit vielen Jahren ununterbrochen ansteigt, erreichte zum Jahresende 28.100 Euro (+3,3 Prozent). Der mittlere Anspargrad betrug rund ein Fünftel der Bausparsumme. Die Verträge waren im Durchschnitt mit gut 5.500 Euro (+4,1 Prozent) angespart.

GELDEINGANG

Der gesamte Geldeingang auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen belief sich im Jahre 2011 auf 26,0 Mrd. Euro (-1,7 Prozent). Die Sparleistungen der Bausparer erreichten mit 18,1 Mrd. Euro nahezu wieder den vorjährigen Höchstwert (-0,2 Prozent). Außerdem gingen 0,3 Mrd. Euro an Wohnungsbauprämien auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen ein.

Infolge der Geldeingänge stiegen die Bauspareinlagen um 4,7 Prozent auf 92,0 Mrd. Euro. Bausparkassen werden insbesondere seit der Finanz- und Wirtschaftskrise als ein Hort der Stabilität wahrgenommen.

Die Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer beliefen sich auf 7,6 Mrd. Euro (-4,4 Prozent). Von den Zins- und Tilgungsleistungen entfielen mit 6,2 Mrd. Euro gut vier Fünftel auf reine Tilgungsbeträge. Auch die Entschuldung dient der Vermögensbildung der Bausparer.

In den Spar- und Tilgungsbeiträgen waren von Arbeitgebern überwiesene vermögenswirksame Leistungen enthalten. Sie beliefen sich 2011 insgesamt auf 2,6 Mrd. Euro (+1,4 Prozent).

AUSZAHLUNGEN UND WOHNUNGSBAUFINANZIERUNGEN

Die privaten Bausparkassen finanzierten im Jahre 2011 den Wohnungsbau mit 23,4 Mrd. Euro. Nicht zuletzt durch den Zuwachs dieser Finanzierungsleistungen um 8,2 Prozent gewann der Wohnungsbau, insbesondere der Eigenheimbau, wieder an Fahrt und konnte zum kräftigen Wirtschaftswachstum im Berichtsjahr beitragen.

Die Baugeldauszahlungen der privaten Bausparkassen nahmen auf breiter Grundlage zu, so dass auch in jedem Bundesland ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen war. Besonders kräftig stiegen die Auszahlungen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Ostdeutschland um 10,0 bis 12,0 Prozent an.

Mit rund drei Vierteln des gesamten Baugeldes wurde direkt Wohnraum geschaffen oder verbessert, indem es für Zwecke des Neubaus, des Kaufs von Objekten vom Bauträger und für Modernisierungen, Instandsetzungen, Umbauten, Anbauten und Ausbauten ausgezahlt wurde.

Von den Finanzierungen entfielen 11,5 Mrd. Euro auf Auszahlungen nach Zuteilung von Bausparverträgen (+8,3 Prozent). Zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Bausparsummen kamen neue Darlehen in Höhe von 9,9 Mrd. Euro hinzu (+6,8 Prozent). Die Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen beliefen sich auf 2,1 Mrd. Euro.

Die privaten Bausparkassen zahlten 2011 insgesamt Baudarlehen in einer Höhe von 14,2 Mrd. Euro aus (+7,8 Prozent). Hinzu kamen Auszahlungen an Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen, die sich auf 9,2 Mrd. Euro beliefen (+8,8 Prozent).

Die Baudarlehen wurden an rund 345.000 Bausparer vergeben. Sie kamen nach der Stückzahl zu 75,3 Prozent der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten zugute. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Baudarlehen lag somit noch höher als bei den Neuverträgen. Der durchschnittliche Betrag aller neuen Baudarlehen der privaten Bausparkassen betrug 41.400 Euro (+6,5 Prozent).

Ende 2011 belief sich der Bestand aller Baudarlehen in den Büchern der privaten Bausparkassen auf 91,5 Mrd. Euro. Nach einer Zunahme um 2,2 Prozent wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht.

ANZAHL UND PERSONALSTÄRKE DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Berichtsjahr 13 private Bausparkassen tätig, die sämtlich in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt wurden. Alle privaten Bausparkassen gehören dem Verband an.

Die privaten Bausparkassen beschäftigten Ende 2011 rund 7.900 Mitarbeiter. Davon waren 4.450 weibliche und 3.450 männliche Mitarbeiter bei den Bausparkassen angestellt. Rund 750 Mitarbeiter befanden sich in der Ausbildung.

Nach Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitkräfte ergibt sich eine Personenzahl von gut 7.100. Die rechnerisch auf einen vollbeschäftigten Mitarbeiter entfallende Bilanzsumme belief sich auf rund 20 Mio. Euro. Die Anzahl der Bausparverträge, die im Durchschnitt von einem Mitarbeiter betreut werden konnte, erhöhte sich auf 2.680 (+0,9 Prozent).

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland

Einige private Bausparkassen bieten Bausparverträge in mittel- und osteuropäischen Ländern an. Dazu halten sie oder ihre Konzernmutter Anteile an einer Bausparkasse oder einem anderen Institut in diesen Ländern.

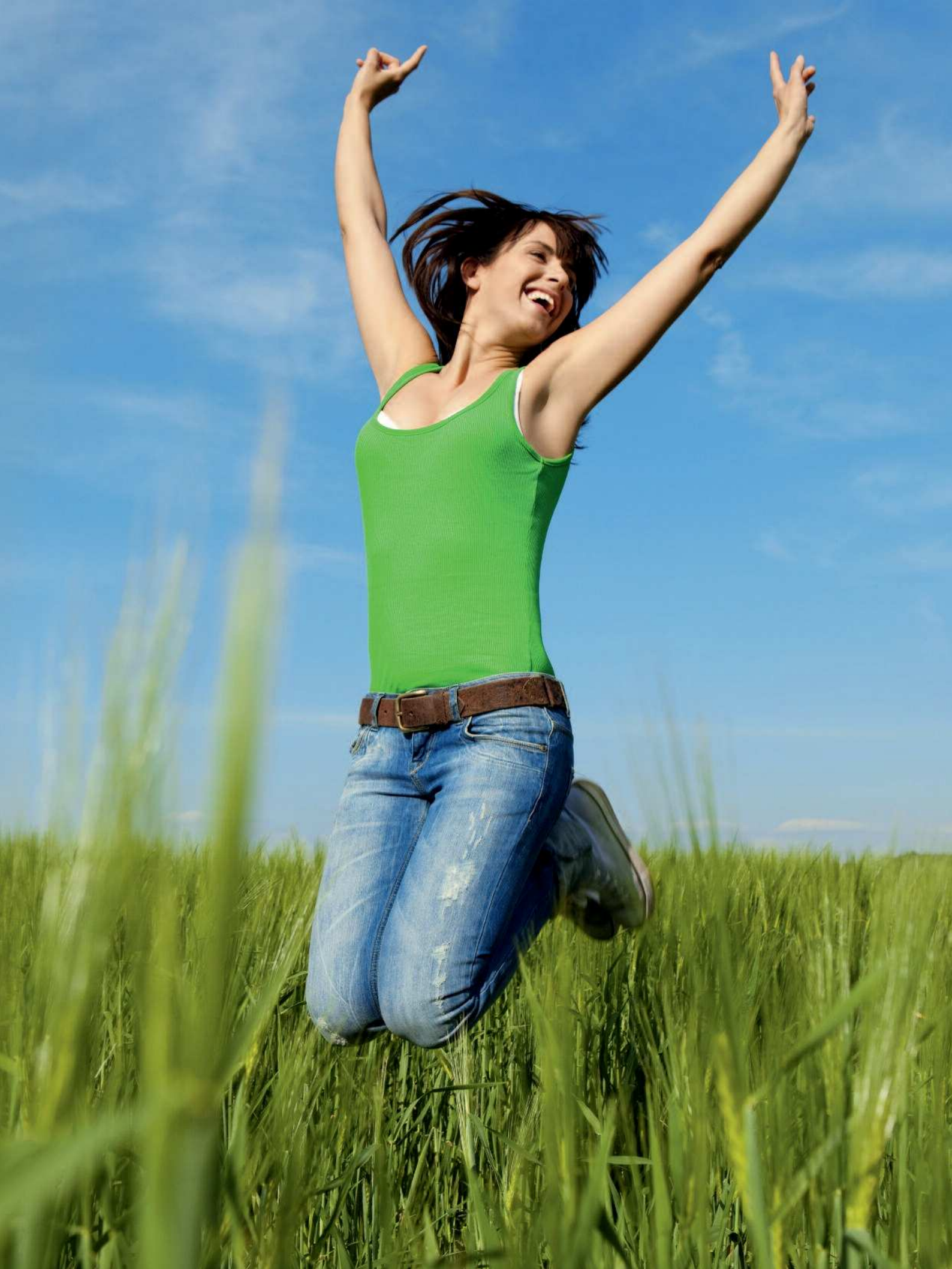
Ihr Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum ist beträchtlich. Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt Bausparen oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit bei Wohnbedarf dar.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland 2011

	Umrechnungskurse per Ende 2011[1]	Eingelöstes Neugeschäft		Bestand an Bausparverträgen am 31.12.2011		Spargeldeingang[3]
		Anzahl[2]	Bausparsummen in Mio. €	Anzahl	Bausparsummen in Mio. €	in Mio. €
Tschechien	25,280 CZK/€	334.883	4.783,3	2.372.275	38.114,1	1.389,7
Slowakei	-	200.751	1.687,0	953.172	12.391,0	523,0
Ungarn	312,805 HUF/€	120.255	1.035,8	645.790	4.807,9	262,5
Rumänien	4,333 RON/€	25.260	77,8	151.438	559,7	18,9
Kroatien	7,533 HRK/€	26.919	183,5	137.147	960,4	49,4

1) Mittlerer Geld/Brief-Devisenkurs im Freiverkehr.
2) Einschließlich Erhöhungen.
3) Ohne Zinsgutschriften.

Mein Traum: Eigene vier Wände, die ich genau so gestalten kann, wie es mir gefällt. Klein. Fein. Mein.



Wohnungspolitische Diskussion

Die Nachhaltigkeit des Bauspargedankens und die Bedeutung des Wohneigentums für stabile Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme noch stärker im Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit zu verankern, waren die wichtigsten Ziele, für die sich der Verband gegenüber der nationalen und europäischen Politik eingesetzt hat. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Unsicherheit auf den Finanzmärkten und zunehmender Inflationsängste wurden abermals die besondere Sicherheitsarchitektur des Bausparens und die Notwendigkeit eines Vorsparens für die Zukunftsvorsorge in den Vordergrund der Argumentation gerückt.

In diesem Kontext setzte sich der Verband für den Erhalt des bewährten Förderinstrumentariums ein. Das betraf auch die Arbeitnehmer-Sparzulage, deren faktische Streichung von einigen Länderfinanzministern als eine Maßnahme zur Verwaltungsvereinfachung ins Spiel gebracht worden war. Dabei ist sie in Kombination mit vermögenswirksamen Leistungen für viele junge Menschen der Einstieg in die Vermögensbildung. Im Laufe der Jahre wird dieser Prozess nachgewiesenermaßen durch eigene Sparleistungen erheblich verstärkt. Außerdem ist die Arbeitnehmer-Sparzulage aufgrund enger Einkommensgrenzen sozial treffsicher ausgestaltet. Dem Anliegen einer Verwaltungsvereinfachung wird nach Auffassung des Verbandes durch die vom Bundesfinanzministerium geplante elektronische Vermögensbildungsbescheinigung ausreichend Rechnung getragen.

Bildungssparen

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Einführung eines Bildungssparens lässt weiterhin auf sich warten. Nachdem die Bundesbildungsministerin schon frühzeitig die Frage aufgeworfen hatte, ob sich das Bausparsystem dafür nicht als Modell eigne, bot sich der Verband als Partner für eine haushaltsmäßig tragbare Lösung an. Er machte jedoch deutlich, dass dabei die Sicherheitsarchitektur des Bausparens trotz notwendiger gesetzlicher Änderungen erhalten bleiben müsse.

Als das Bundesbildungsministerium dann erklärte, vor Einführung eines Bildungssparens seien umfangreiche inhaltliche, rechtliche und administrative Fragen zu klären, war mit einer parlamentarischen Initiative für 2011 kaum mehr zu rechnen. Hinzu kam die Ablehnung eines diesbezüglichen Antrags auf dem CDU-Bundesparteitag im November.

Energiepolitische Wende

Der Verband ist zudem ein wichtiger Partner der Politik bei der Bewältigung der Energiewende. Die Bedeutung des Gebäudesektors ist dabei unbestritten. Auf die deutschlandweit 18 Millionen Wohneinheiten entfallen etwa 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs. Der Anteil an den CO_2-Emissionen liegt bei etwa 23 Prozent.

Zu den Schwerpunkten der Energiepolitik der Bundesregierung zählt das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm der KfW, für das die Mittel auf 1,5 Mrd. Euro pro Jahr bis einschließlich 2014 aufgestockt wurden. Bundesregierung und Parlament haben darüber hinaus ein Gesetz zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung verabschiedet. Das Gesetz sieht die steuerliche Absetzbarkeit der Herstellungskosten für energetische Sanierungsmaßnahmen vor, sofern bestimmte Anforderungen an Zeitpunkt der Fertigstellung und energetische Standards erfüllt werden. Der Bundesrat hat das Vorhaben jedoch abgelehnt. Nach einiger Verzögerung wurde der Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag angerufen. Eine Einigung konnte aber bisher nicht erzielt werden.

Der Verband hat immer wieder deutlich gemacht, dass der Staat mit diesen Mitteln allein anspruchsvolle energiepolitische Ziele, wie etwa eine Verdoppelung der jährlichen Sanierungsquote, nicht stemmen kann. Dazu ist der erforderliche Investitionsaufwand viel zu hoch.

Weniger CO_2-Emissionen, eine höhere Ressourceneffizienz und eine steigende Sanierungsrate lassen sich nur dann erreichen, wenn ausreichend privates Kapital mobilisiert wird. Das geht nur durch Vorsparen – zweckgerichtetes Vorsparen. Bei der Finanzierung der Energiewende kommt deshalb dem Bausparen eine Schlüsselrolle zu. Der Bausparvertrag ist längst zum Energiesparvertrag geworden. Die Politik kann nur ermuntert werden, dieses Potenzial noch besser zu nutzen.

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Novellierung der Energieeinsparverordnung 2012 (EnEV 2012) bezog der Verband mehrfach Stellung gegen einen Sanierungszwang für Hauseigentümer. Dieser würde erfahrungsgemäß zu einer Modernisierungsverweigerung führen. Allein die Diskussion über mögliche Zwangssanierungen führt zu einer Verunsicherung der Eigentümer. Das schadet den Investitionen, weil viele erst einmal abwarten, was kommt. Viele Eigentümer wären damit aber auch finanziell überfordert; gerade ältere Menschen mit geringer Rente, die ein Leben lang hart für eine steinerne Zusatzrente in Form der eigenen vier Wände gespart haben.

Von daher ist es sehr zu begrüßen, dass sich die federführenden Ressorts der Bundesregierung, das Bundesbauministerium und das Bundeswirtschaftsministerium, in ihrem Entwurf für die EnEV 2012 ebenfalls gegen einen solchen Sanierungszwang aussprechen. Es bleibt zu hoffen, dass daran im weiteren Verfahren festgehalten wird.

Eigenheimrente

Die Eigenheimrente trifft auf eine starke Nachfrage. 2011 hat sich nach den Zahlen des Bundesarbeitsministeriums der Vertragsbestand von 491.000 auf 775.000 erhöht. Jeder dritte neue Riester-Vertrag war ein Eigenheim-Rentenvertrag. Dies unterstreicht, wie richtig die Politik damit lag, bei der Förderung der privaten Altersvorsorge die Eigenheimrente der Geldrente gleichzustellen. Die Menschen brauchen und wollen diese Alternative.

Bekanntlich ist aber nichts so gut, dass man es nicht besser machen könnte. Das gilt auch für die Eigenheimrente. Sie ist zu bürokratisch und nicht flexibel genug.

In ihrem Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien dafür ausgesprochen, sie zu vereinfachen und zu verbessern. Einen ersten Vorstoß gab es Anfang 2011 von den Finanzpolitikern der Unionsfraktion. Der Verband meldete sich damals mit 10 konkreten Vorschlägen zu Wort, bei denen es vor allem darum ging, „Störfälle" zu beseitigen und die Einsatzmöglichkeiten punktuell zu erweitern. Erleichterungen im Pflegefall und bei beruflich bedingtem Umzug gehörten ebenso dazu wie verbesserte Möglichkeiten eines altersgerechten Umbaus.

Zurzeit sind die Finanzpolitiker der Regierungsfraktionen dabei, ihre Vorstellungen mit dem Bundesfinanzministerium abzustimmen. Die ersten Signale aus den Reihen der Regierungsfraktionen waren durchaus positiv. Auch hier bleibt nur zu hoffen, dass an einer vernünftigen Linie festgehalten wird. Der Vorstoß muss jetzt rasch in einen konkreten Gesetzestext einmünden.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um eine verpflichtende Altersvorsoge Selbstständiger war der Verband als Gesprächspartner in den „Rentendialog" des Bundesarbeitsministeriums einbezogen. Er hat sich dabei – entsprechend seiner Vorschläge zur Eigenheimrente – nochmals für die Öffnung des Riester-Sparens für „kleinere" Selbstständige eingesetzt, die bei der Rürup-Rente „durch den Rost fallen", weil sie zu wenig verdienen, um davon steuerlich profieren zu können.

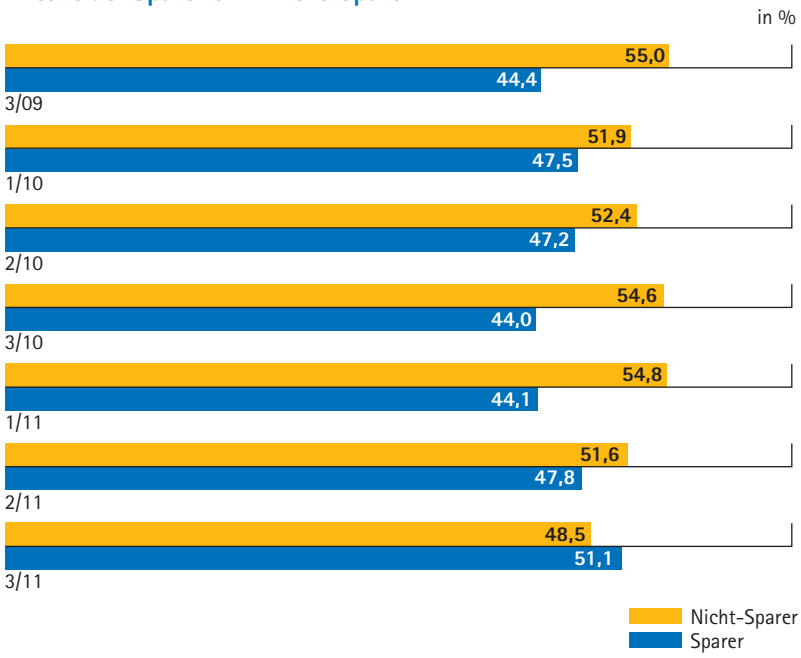
Umfragen zum „Sparklima“ in Deutschland

Im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen hat TNS Infratest, Bielefeld, im Jahr 2011 erneut drei weitere repräsentative Umfragen der Bundesbürger zum Sparverhalten in West- und Ostdeutschland (2.000 Telefoninterviews) durchgeführt (März, Juni und Oktober 2011). Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Sparer/Nichtsparer

Erstmals seit 2005 überwog im Herbst 2011 die Zahl der Zwecksparer wieder die Zahl derer, die nicht für ein bestimmtes Motiv Konsumzurückhaltung üben. Im Jahresdurchschnitt hat sich die Zahl der Zwecksparer erhöht. 48 Prozent der Befragten gaben an, für einen bestimmten Zweck zu sparen. Im Jahr davor waren es nur 46 Prozent gewesen.

Anteile der Sparer bzw. Nicht-Sparer



Bei denjenigen, die sparen, ergab sich folgende Verteilung der wichtigsten Sparziele (Anteile in %):

	3/11	2/11	1/11	3/10	2/10	1/10	3/09
Altersvorsorge:	65,9	62,1	59,7	60,2	61,5	67,6	60,3
Konsum/Anschaffungen (Autokauf o. ä.):	57,6	56,1	59,5	58,2	51,9	50,1	59,3
Erwerb/Renovierung von Wohneigentum:	51,4	50,6	47,1	45,8	43,5	52,2	52,0
Kapitalanlage:	33,6	36,8	32,8	27,5	31,7	37,3	32,2
Notgroschen/Reserve:	4,0	2,5	4,0	3,7	4,1	4,8	4,3
Ausbildung der Kinder:	3,8	4,6	4,0	4,9	4,5	5,4	4,0
Sonstiges:	4,3	7,5	7,4	5,4	6,7	7,9	5,1

(Die Summe dieser Anteile ergibt mehr als 100 %, d. h., es wurden teilweise mehrere Sparziele angegeben.)

Sparziele

Im Herbst 2011 dominierte nach wie vor das Ziel „Altersvorsorge" die Sparmotive. Für fast zwei Drittel der Befragten stand das Finanzpolster im Alter an oberster Stelle. Der fortgesetzte Aufschwung 2011 hat aber auch die Konsumbereitschaft verändert. Für 57,6 Prozent der Bundesbürger waren größere Anschaffungen ein wichtiges Sparmotiv. Das ist nur etwas weniger als zum selben Zeitpunkt des Boomjahres 2010. Insgesamt haben die günstige Konjunktur und die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt dem Zwecksparen einen regelrechten Schub verliehen.

Mehr als die Hälfte der Befragten gab zudem als Sparmotiv den Erwerb bzw. die Renovierung von Wohneigentum an. In der Sommerbefragung hatten sich bereits 50,6 Prozent der Bürgerinnen und Bürger diesem Motiv verschrieben.

Die eigenen vier Wände waren nach wie vor attraktiv – als Verwirklichung eines Lebenstraumes oder als inflationssicheres Investment. Dies könnte auch der Hintergrund sein, weshalb das Motiv Kapitalanlage an Attraktivität eingebüßt hat. Im Sommer gaben 36,8 Prozent an, für diesen Zweck zu sparen. Im Herbst 2011 waren es nur 33,6 Prozent.

Zukünftiges Sparverhalten

Die Sparbereitschaft hat sich im Jahr 2011 zwischen Frühjahr und Herbst erhöht und lag zuletzt bei 9,6 Prozent. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil derer, die weniger sparen wollten, kontinuierlich auf 11,4 Prozent.

Auf die Frage hinsichtlich des künftigen Sparverhaltens ergaben sich folgende Antworten (Anteile in %):

	3/11	2/11	1/11	3/10	2/10	1/10	3/09
Mehr:	9,6	9,7	8,2	6,2	6,7	8,5	8,5
Weniger:	11,4	12,1	12,3	12,0	11,7	14,6	14,1
Etwa gleich viel:	71,2	71,0	69,2	73,6	72,7	71,8	69,7
Weiß nicht und keine Angabe:	7,8	7,1	10,3	8,3	8,9	5,1	7,7

Bei den Haushalten, die angaben, mehr sparen zu wollen, ergab sich folgende Verteilung der Gründe für dieses Mehrsparen (Anteile in %):

	3/11	2/11	1/11	3/10	2/10	1/10	3/09
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	32,7	24,9	23,1	23,7	18,5	37,2	28,9
Allgemeines Sparen für die Zukunft/Notgroschen:	27,3	21,8	20,0	32,8	29,3	18,5	24,2
Größere Anschaffungen:	24,3	20,7	12,2	20,8	19,6	14,3	18,9
Urlaub:	19,3	10,7	7,9	7,7	15,8	6,4	5,6
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	15,6	7,3	7,3	7,8	7,3	7,0	8,3
Steigende Ausgaben:	12,6	4,3	10,7	13,5	15,3	13,4	14,1
Steigendes Konsumbedürfnis:	11,7	10,0	6,5	4,1	7,8	4,9	7,8
Allgemeine wirtschaftliche und politische Situation:	8,9	0,3	1,8	2,1	5,6	3,4	6,8
Unsichere Altersvorsorge:	8,1	10,4	6,1	4,3	16,0	7,3	5,4
Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen:	5,7	6,0	3,7	5,0	2,1	4,2	1,5
Arbeitslosigkeit:	0,8	3,7	2,9	3,3	5,0	3,5	1,1

Gründe für steigendes Sparvolumen

Der „Notgroschen" hat an Relevanz verloren. Waren es im Oktober 2010 fast ein Drittel der Befragten, die mehr für schlechte Zeiten hinterlegen wollten, waren es im Herbst 2011 nur noch 27,3 Prozent (-5,5 Prozentpunkte). Wichtigster Grund für höhere Sparleistung war die veränderte berufliche Situation und/oder Einkommensänderungen. Knapp 32,7 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sahen darin ein Motiv für verstärkte Sparleistungen. Einen regelrechten Sprung machte das Motiv „Immobilienerwerb" – von 7,8 Prozent im

Herbst 2010 auf 15,6 Prozent im Herbst 2011. Dass darin die verbesserte Lage und eingetrübte Aussichten zum Ausdruck kamen, wurde durch das Motiv „allgemeine politische und wirtschaftliche Situation" noch unterstrichen (von 2,1 Prozent auf 8,9 Prozent). Auch die „unsichere Altersvorsorge" hat an Bedeutung gewonnen.

Ein erhöhtes Konsumbedürfnis (11,7 Prozent im Herbst 2011 versus 4,1 Prozent im Herbst 2010) und der Wunsch nach größeren Anschaffungen (24,3 Prozent) sind wichtige Motive für höhere Sparanstrengungen. Aus den veränderten bzw. teils deutlich verschobenen Präferenzen ging augenscheinlich hervor, dass die Möglichkeiten, mehr zu sparen, gestiegen waren. Gleichwohl mehrten sich Hinweise darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger etwas pessimistischer in die Zukunft blicken und auch vor diesem Hintergrund zusätzlich sparen wollen.

Gründe für sinkendes Sparvolumen

Selbst bei den Befragten, die künftig weniger sparen wollen, kamen gute Lage und verhaltener Ausblick zum Tragen. Fehlendes Einkommen war für 31,8 Prozent ein Grund, das waren aber 6,6 Prozentpunkte weniger als im Herbst 2010. Auch Arbeitslosigkeit spielte nur eine untergeordnete Rolle. Im Oktober 2011 gaben nur 5,6 Prozent der Befragten diesen Grund an, weshalb sie sich beim Sparen einschränken müssten. Im Oktober 2010 waren es noch 6,5 Prozent gewesen. Dass die allgemeine politische Situation im Herbst 2011 ein weit

wichtigerer Grund für verringerte Sparleistungen war als noch im Herbst des Vorjahres (13,9 Prozent gegenüber 5,0 Prozent) kann dadurch erklärt werden, dass mit einer Entwertung von Sparguthaben durch inflationäre Tendenzen gerechnet wurde. Zu einem Vorziehen von Konsum und größeren Anschaffungen führte dies allerdings nicht. Stattdessen nahm der Immobilienerwerb in der Gegenwart an Bedeutung zu und erfuhr nahezu eine Verdopplung von 3,2 Prozent auf 6,2 Prozent.

Bei den Haushalten, die künftig weniger Sparen wollen, liegen folgende Gründe vor (Anteile in %):

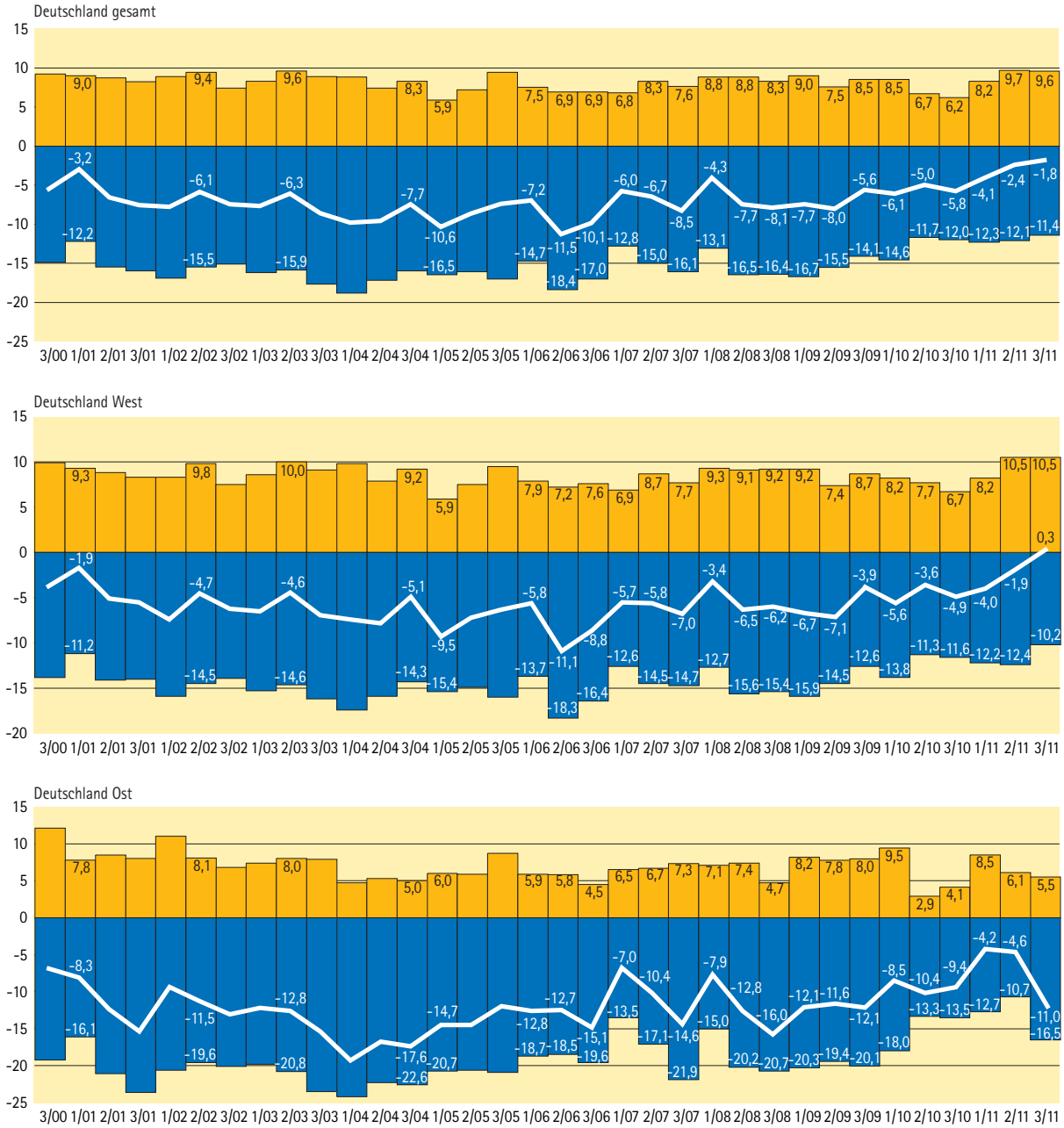
	3/11	2/11	1/11	3/10	2/10	1/10	3/09
Fehlende Einkommenssteigerungen/Einkommenseinbußen:	31,8	23,6	39,9	38,4	32,7	38,1	34,5
Steigende Ausgaben/ Lebenshaltungskosten:	28,1	41,1	32,4	31,9	34,4	33,2	33,3
Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation:	13,9	6,4	11,4	5,0	11,8	9,6	10,3
Unsichere Altersvorsorge:	11,7	5,5	9,1	5,0	6,0	8,8	7,6
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	11,3	3,0	8,9	8,8	11,7	12,6	10,6
Sparen macht keinen Sinn:	10,6	9,2	12,6	18,4	9,2	9,4	10,0
Steigendes Konsumbedürfnis:	10,6	7,3	2,9	11,7	6,0	4,2	10,3
Größere Anschaffungen:	6,7	6,9	6,5	7,1	6,3	4,9	5,2
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	6,2	6,6	4,3	3,2	4,6	6,9	5,3
Arbeitslosigkeit:	5,6	3,3	9,7	6,5	6,9	5,3	7,6
Urlaub:	4,4	6,5	6,7	3,4	5,5	3,6	1,0

Der Sparklima-Index

Im Oktober 2011 hat sich die Stimmung unter den Bundesbürgern zum vierten Mal in Folge aufgehellt. Zwar überwog betragsmäßig die Zahl derer, die glaubten, in Zukunft weniger sparen zu können (-11,4), die Zahl derjenigen, die meinen, künftig mehr sparen zu können (9,6). Die Differenz war aber weiter geschrumpft. Außerdem gab ein großer Teil der Befragten an, künftig genauso viel sparen zu wollen wie bisher. Vor dem Hintergrund des erreichten Niveaus waren das gute Aussichten für das Sparklima. Dabei gab es aber erhebliche Unterschiede zwischen West und Ost. In den neuen Ländern sank der Index im Oktober 2011 auf -11,0 und damit den tiefsten Wert seit zwei Jahren. Deutlich mehr Menschen als im Vorjahresmonat glaubten, künftig weniger sparen zu können. Zugleich ging die Zahl derer zurück, die in Zukunft mehr sparen wollen.

Optimistischer blicken die Bürgerinnen und Bürger im Westen in die Zukunft. Der Index verbesserte sich zum vierten Mal in Folge und lag mit 0,3 erstmals seit fast zwölf Jahren wieder im positiven Bereich. Mithin überwog die Zahl der Mehr-Sparer die der Weniger-Sparer.

Sparklima-Index



Kurve = Differenz aus den Prozentsätzen derjenigen, die mehr sparen wollen, und derjenigen, die weniger sparen wollen.

Unser Traum: Ein eigenes Häuschen im Grünen, mit einem Garten zum Spielen und Feiern.

Eigenkapitalvorschriften

NEUFASSUNG DER EU-VORSCHRIFTEN ÜBER EINE ANGEMESSENE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hatte Ende 2010 seine Empfehlungen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors („Basel III") veröffentlicht. Im Juli 2011 legte die EU-Kommission den Verordnungs- und Richtlinienentwurf zur Umsetzung in Europa, das sogenannte Änderungspaket CRD IV, vor. Die Verordnung, die vor allem Neuregelungen zum Eigenkapital, zu Kapitalpuffern, zur Verschuldungsquote und zur Liquidität enthält, soll ab dem 1. Januar 2013 unmittelbar in den Mitgliedstaaten wirksam werden.

Der Verband hat im September 2011 zur Umsetzung des neuen Basler Rahmenwerks in Europäisches Recht gegenüber dem Bundesfinanzministerium im Hinblick auf dessen Verhandlungen im EU-Ministerrat Stellung genommen. Er hat sich insbesondere gegen die Festlegung einer risikounabhängigen Verschuldungsquote ausgesprochen. Die Stellungnahme des Verbandes bildet die Grundlage für die Stellungnahme der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) gegenüber dem Europäischen Parlament zur Umsetzung von Basel III. Das European Banking Industry Committee hat auch im Namen der EuBV das Änderungspaket CRD IV kommentiert.

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments hat im Januar 2012 seinen Berichtsentwurf über die Kommissionsvorschläge fertiggestellt. Eine Erleichterung erscheint danach insbesondere bei der Verschuldungsquote erreichbar zu sein. Nach Ansicht des Berichterstatters sollte diese „als ein Sicherungsmechanismus im Rahmen der Säule 2 dienen und nicht veröffentlicht werden, solange nicht eine endgültige Entscheidung über ihre Einführung getroffen worden ist."

Die European Banking Authority (EBA) soll mit der Verordnung aufgefordert werden, zu verschiedenen Themen technische Standards zu erlassen. Im April 2012 hat die EBA den Entwurf von bankaufsichtlichen Standards zu den unterschiedlichen Formen des Eigenkapitals vorgelegt.

NATIONALE UMSETZUNG DER NEUEN EIGENKAPITALVORSCHRIFTEN DER EU

Eine EU-Richtlinie zur Änderung der Richtlinien über die Eigenkapitalausstattung war im Dezember 2010 im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden (Änderungspaket CRD III). Damit wurden insbesondere Neuregelungen zur Weiterverbriefung, zum Handelsbuch und zur Vergütung getroffen.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) legte im Juni 2011 einen Entwurf einer Verordnung zur weiteren Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie vor, mit der die zum 31. Dezember 2011 anzuwendenden CRD III-Änderungen umgesetzt werden sollten. Außerdem sei eine Verbesserung der Umsetzung der Bankenrichtlinie im Bereich der durch Immobilien besicherten Positionen erforderlich.

Beide Bausparkassenverbände haben im Juli 2011 mit einem gemeinsamen Schreiben zur Änderungsverordnung, soweit sie die Solvabilitätsverordnung betrifft, Stellung genommen.

Die Verordnung zur weiteren Umsetzung der geänderten Bankenrichtlinie und der geänderten Kapitaladäquanzrichtlinie ist im Oktober im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und am 31. Dezember 2011 in Kraft getreten. In

die Solvabilitätsverordnung ist damit eine von den Bausparkassenverbänden befürwortete Auflistung der berücksichtigungsfähigen Beleihungswerte der Immobilie und die klarstellende Nennung des bausparkassengesetzlichen Beleihungswerts aufgenommen worden.

Das BMF hat im März 2012 den Entwurf eines CRD IV-Umsetzungsgesetzes vorgelegt, das am 1. Januar 2013 in Kraft treten soll. Mit dem Gesetz sollen insbesondere Regeln für einen fixen Kapitalerhaltungspuffer und für einen variablen antizyklischen Kapitalpuffer in das Kreditwesengesetz eingefügt werden.

Risikomanagement

MINDESTANFORDERUNGEN AN DAS RISIKOMANAGEMENT

Die BaFin legte im April 2012 den Entwurf für eine Überarbeitung der MaRisk vor. Die Mindestanforderungen seien aufgrund verschiedener internationaler Regulierungsinitiativen, insbesondere des Änderungspakets CRD IV, der „EBA Guidelines on Internal Governance" und der „Guidelines on Liquidity Cost Benefit Allocation" des ehemaligen Committee of European Banking Supervisors, zu überarbeiten.

ERFASSUNG DES ZINSÄNDERUNGSRISIKOS

Die BaFin veröffentlichte im November 2011 eine Neufassung ihres Rundschreibens zur Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung, die seitdem anzuwenden ist. Für Institute mit erhöhten Zinsänderungsrisiken soll der Eigenmittelkoeffizient inklusive Risikobetrag für Zinsänderungen im Anlagebuch berechnet werden. Bei insgesamt unzureichender Eigenmittelausstattung plant die Aufsicht, einen Kapitalzuschlag zu prüfen.

Bankaufsichtliches Meldewesen

STANDARDS DER EUROPEAN BANKING AUTHORITY

Mit dem europäischen Änderungspaket CRD IV soll die EBA aufgefordert werden, einen technischen Durchführungsstandard zum bankaufsichtlichen Meldewesen zu erstellen, der für die Institute zu einem direkt anwendbaren Recht werden soll. Zur Vorbereitung hatte die EBA im Dezember 2011 einen Entwurf für einen Standard veröffentlicht. Im Februar 2012 reichte sie einen Standardentwurf für Großkreditmeldungen nach. Der Verband nahm über die Europäische Bausparkassenvereinigung zu den Standardentwürfen der EBA kritisch Stellung.

MODERNISIERUNG DES NATIONALEN BANKAUFSICHTLICHEN MELDEWESENS

Die Deutsche Bundesbank und die BaFin hatten 2011 ein Konzept zur Modernisierung des bankaufsichtlichen Meldewesens vorgelegt. Mit der überarbeiteten Fassung vom Februar 2012 verzichteten sie für die Millionenkreditmeldungen zunächst auf eine Absenkung der Meldegrenze unter 1 Mio. Euro und auf eine Verkürzung der Meldefrequenz. Beide Bausparkassenverbände nahmen zum überarbeiteten Konzept gemeinsam Stellung.

Im April 2012 legten die Deutsche Bundesbank und die BaFin ein neues Konzept zur Modernisierung des Meldewesens im Bereich der unterjährigen Finanzdaten vor. Nach vorläufiger Abgrenzung zu den Regelungsbereichen der EBA-Standards werden damit Meldungen des Einzelinstituts nach HGB gefordert. Der Verband hat zu der geplanten Modernisierung der Meldungen unterjähriger Finanzdaten Stellung genommen.

Restrukturierungsgesetz; Bankenabgabe

Das Gesetz zur Restrukturierung und geordneten Abwicklung von Kreditinstituten, zur Errichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute und zur Verlängerung der Verjährungsfrist der aktienrechtlichen Organhaftung war am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Danach sind neben sogenannten Brückeninstituten nur Förderbanken von der Beitragspflicht zum Restrukturierungsfonds ausgenommen.

Das Bundeskabinett verabschiedete im März 2011 die Restrukturierungsfonds-Verordnung. Danach sind alle Passiva abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und abzüglich des haftenden Eigenkapitals beitragsrelevant. Das Bauspargeschäft ist damit grundsätzlich aus der Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe ausgenommen.

Der Bundesrat hat die Restrukturierungsfonds-Verordnung mit einigen Änderungen beschlossen. Ein Freibetrag ist in Höhe von 300 Mio. Euro der Bemessungsgrundlage eingeführt worden. Treuhandverbindlichkeiten und andere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus dem Förderkreditgeschäft sind mit einem verringerten Beitragssatz belegt worden.

Die Verordnung über die Erhebung der Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute ist im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und am 26. Juli 2011 rechtzeitig für das erste Beitragsjahr in Kraft getreten.

Das Bundesfinanzministerium hat im September 2011 einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Verbindlichkeiten und Treuhandverbindlichkeiten aus dem Förderkreditgeschäft mit Wirkung ab dem Beitragsjahr 2012 aus der Bemessungsgrundlage für die Bankenabgabe ausgenommen werden sollen. Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf im Februar 2012 dem Bundestag zugeleitet.

Mein Traum: Mit der Renovierung unseres Hauses Energiekosten sparen und gleichzeitig etwas für unsere Umwelt tun.

Eigenheimrentengesetz

ÄNDERUNG DER VORSCHRIFTEN

Anfang 2011 hatte die Arbeitsgruppe „Finanzen" der Bundestags-Unionsfraktion eine Initiative zur Verbesserung und Vereinfachung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsorge ergriffen. Noch 2011 sollte ein eigener Gesetzentwurf vorgelegt werden. Der Verband stellte hierzu seine Vorschläge der Arbeitsgruppe vor.

Im April 2011 gerieten Rückforderungen von Altersvorsorgezulagen für den Veranlagungszeitraum bis 2007 in 1,5 Mio. Fällen in die öffentliche Kritik. Die Bundesregierung beschloss daraufhin Anfang Mai die Einführung eines Mindestbeitrags von 60 Euro pro Jahr für mittelbar zulageberechtigte Personen. Außerdem sollte bis zum Beitragsjahr 2011 die Nachentrichtung von Beiträgen für abgelaufene Beitragsjahre ermöglicht werden. Die entsprechende Änderung der steuerlichen Vorschriften ist mit dem Beitreibungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz im Dezember 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden.

Das Bundesfinanzministerium hat im Juni 2011 einen Diskussionsentwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Produktinformationsblatts für zertifizierte Altersvorsorgeverträge vorgelegt. Das Informationsblatt soll im Detail gesetzlich vorgegeben werden und bestimmte Kosten- und Renditekennziffern enthal-

ten, die über sämtliche Produktgruppen einheitlich ermittelt werden. Die vorgesehene Änderung des Altersvorsorge-Zertifizierungsgesetzes soll am 1. Januar 2013 in Kraft treten.

Beide Bausparkassenverbände haben mit einem gemeinsamen Schreiben zur vorgesehenen Einführung eines Produktinformationsblattes Stellung genommen und angeregt, die geplanten Regelungen nicht auf Bausparverträge und Wohnungsbaufinanzierungen zu erstrecken.

Die finanzpolitische Abstimmung über die wichtigsten Zielsetzungen eines Gesetzes zur Verbesserung und Vereinfachung der steuerlichen Förderung der privaten Altersvorsoge dauert an.

UMSETZUNG DES EIGENHEIMRENTENGESETZES

Beide Bausparkassenverbände hatten sich im Oktober 2010 mit einem Schreiben an das Bundesgesundheitsministerium gegen eine Kranken- und Pflegeversicherungsbeitragspflicht bei einer aus altersvorsorgewirksamen Leistungen finanzierten Riester-Rente ausgesprochen. Das Bundesgesundheitsministerium bejahte jedoch eine Beitragspflicht im August 2011. Im September 2011 haben beide Bausparkassenverbände unter Hinweis auf die jüngste Rechtsprechung des Bundessozialgerichts gegenüber dem Ministerium die Meinung vertreten,

dass altersvorsorgewirksame Leistungen in keinem Fall eine Beitragspflicht auslösen würden. Auf Grund der Rechtsprechung sei eine gesetzliche Klarstellung nicht mehr erforderlich.

Die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) lässt sich bei der Umsetzung des Eigenheimrentengesetzes regelmäßig durch eine User-Group für Anbieter beraten. Die ZfA hatte sich den Vorschlägen der Bausparkassenverbände zur Entnahme des Altersvorsorge-Eigenheimbetrages grundsätzlich angeschlossen.

Die User-Group für Anbieter beschloss die Einführung eines automatisierten Verfahrens der Kapitalentnahme nach einem Zeitplan, der ab Oktober 2011 die maschinelle Übermittlung von Datensätzen für den Entnahmebescheid der ZfA und für die Anzeige der Auszahlung durch den Anbieter vorsieht.

Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

Das Europäische Parlament, der EU-Ministerrat und die Kommission verständigten sich im Dezember 2011 auf einen Kompromiss über die Verordnung zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Überweisungen und Lastschriften in Euro. Danach soll das SEPA-Verfahren für Lastschriften spätestens zum 1. Februar 2014 eingesetzt werden. Eine Regelung für die Übernahme bestehender Mandate wurde vorgesehen.

Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag über die Maßnahmen der Kreditwirtschaft zur Umstellung bestehender Einzugsermächtigungen auf das SEPA-Lastschriftmandat berichtet und ist zu dem Ergebnis gekommen, „dass nach gegenwärtigem Sachstand die von der Kreditwirtschaft vorbereiteten Maßnahmen geeignet sind, eine Umstellung … im Wege einer Änderung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen selbständig, rechtssicher und innerhalb eines angemessenen Zeitraums durchzuführen."

Die SEPA-Verordnung ist am 30. März 2012 im Amtsblatt der EU veröffentlicht worden und gilt damit unmittelbar in den Mitgliedstaaten. Die Bundesregierung hat im April 2012 den Entwurf eines SEPA-Begleitgesetzes, mit dem die SEPA-Verordnung ergänzt werden soll, beschlossen.

EU-Regulierung des Hypothekarkredits

Nachdem die EU-Kommission am 31. März 2011 den sogenannten Richtlinienvorschlag zu Wohnimmobilienkreditverträgen veröffentlicht hat, hat der Verband in zahlreichen Gesprächen und Stellungnahmen dem Europäischen Parlament Verbesserungsvorschläge unterbreitet.

Er setzte sich dabei dafür ein, dass mit diesem Richtlinienvorschlag ein kohärenter Rechtsrahmen für die Hypothekarkreditvergabe in Europa geschaffen wird, ohne dass dies zu Einschränkungen bei der Produktvielfalt führt.

Diesbezüglich war es ein besonderes Anliegen, die grundsätzlich stabilisierende Wirkung der langfristigen Hypothekarkreditverträge auf europäischer Ebene zu verdeutlichen. Der Verband machte sich dafür stark, die vorgeschlagenen Regeln zur Vergabe von Hypothekarkrediten kohärent mit den bisherigen Rechtsvorschriften, insbesondere mit der aktuellen Verbraucherkreditrichtlinie, zu gestalten.

Reform der Einlagensicherung

Der Verband hat sich anlässlich des EU-Richtlinienvorschlages zur Reform der Einlagensicherungsrichtlinie im Jahre 2011 darum bemüht, dass freiwillige Einlagensicherungssysteme über die gesetzliche Mindestsicherung hinaus weiterhin erlaubt bleiben, um dem Verbraucher einen umfangreichen Schutz seiner Einlagen garantieren zu können. Eine weitere wesentliche Forderung war, dass spezialgesetzlich geregelte risikoarme Geschäftsmodelle hinsichtlich der Beitragsberechnung für die Einlagensicherungssysteme entsprechend berücksichtigt werden. Das Europäische Parlament ist diesem Anliegen gefolgt. Leider hat der Rat aber bislang noch keine Bereitschaft erkennen lassen, sich auf die Verbesserungsvorschläge einzulassen.

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Der Verband hat sich auch im Jahre 2011 auf Bundes-, Landes- und Europaebene in die Diskussion um die Verbesserung des Verbraucherschutzes im Finanzdienstleistungsbereich eingebracht.

Im Vordergrund der Diskussion standen neben der Regulierung von Vermittlern, insbesondere im Wertpapierbereich, auch die Überlegungen hinsichtlich der Übertragung der Aufsichtskompetenz zur Überwachung der Einhaltung des Verbraucherschutzrechtes im Finanzdienstleistungsbereich auf die BaFin. Der Verband hat auf europäischer und nationaler Ebene deutlich gemacht, dass Verbraucherschutzrecht kein zu überwachendes Ordnungsrecht, sondern Vertragsrecht ist, über dessen Einhaltung die Gerichte urteilen. Das in Deutschland bestehende System der Überprüfung von Verträgen durch die Gerichte hat sich nach Auffassung des Verbandes bewährt und sollte daher beibehalten werden.

Regulierung der Vermittler

Der Verband hat die Gesetzgebungsdiskussion in Deutschland zu dem am 8. April 2011 in Kraft getretenen Anlegerschutz- und Funktionsverbesserungsgesetz bezüglich der Registrierungspflichten von Finanzvermittlern und deren Qualifikation und Ausbildung eng begleitet. Er nahm an zahlreichen Veranstaltungen zum Thema der Schaffung eines Berufsbildes von Honorarberatern teil und brachte sich inhaltlich ein. Auch bezüglich der von der EU-Kommission in ihrem Richtlinienvorschlag zu Wohnimmobilienkrediten erstmals vorgesehenen einheitlichen Regeln für Vermittler von Hypothekarkrediten hat sich der Verband dafür eingesetzt, diese Regeln analog der bereits bestehenden Vorschriften zur Versicherungsvermittlung zu gestalten. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die bereits vom Berufsbildungswerk der Bausparkassen etablierte Ausbildung und Prüfung zum Bauspar- und Finanzfachmann/-fachfrau hin, die einen hohen Ausbildungsstandard für Vermittler von Bauspar- und Finanzprodukten der Bausparkassen garantieren.

Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen

Das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen feiert im Jahr 2012 sein 10-jähriges Bestehen. Das Verfahren zur außergerichtlichen Beilegung von rechtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen privaten Bausparkassen und ihren Kunden hat sich außerordentlich bewährt. Langwierige und kostenintensive Auseinandersetzungen vor Gericht konnten vielfach vermieden werden.

Betrachtet man den Ausgang der im Jahr 2010 eingereichten Verfahren, ist festzustellen, dass 147 der insgesamt 502 gegen private Bausparkassen gerichteten Beschwerden im Vorfeld erledigt werden konnten, so dass es in diesen Fällen keiner Einschaltung der Ombudsleute bedurfte. 355 Beschwerden wurden durch Schlichtungsspruch entschieden. Hiervon waren 51 unzulässig, 187 gingen zugunsten der betroffenen Bausparkasse und 70 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 47 Fällen schlugen die Ombudsleute einen Vergleich vor.

Auch im Jahr 2011 ist das Ombudsverfahren rege genutzt worden. Insgesamt wurden 729 Beschwerden bei der Kundenbeschwerdestelle eingereicht, wovon sich 11 Beschwerden gegen Landesbausparkassen richteten und somit nicht in die Zuständigkeit der Ombudsleute der privaten Bausparkassen fielen.

Betrachtet man die Gründe, die zur Einreichung einer Beschwerde geführt haben, ist festzustellen, dass sich ein Großteil der Beschwerden gegen die von einzelnen Bausparkassen ausgesprochenen Kündigungen von voll- bzw. übersparten Bausparverträgen richteten. Hierzu hatten die Ombudsleute der privaten Bausparkassen bereits im Jahr 2008 entschieden, dass eine Bausparkasse grundsätzlich berechtigt ist, einen voll- bzw. übersparten Bausparvertrag nach § 488 Abs. 3 BGB zu kündigen. Nach Auffassung der Ombudsleute kommt eine Kündigung nur dann nicht in Betracht, solange dem Kunden noch ein Anspruch auf Gewährung des Bauspardarlehens zusteht. Wird durch die Sparleistungen des Kunden oder die Gutschrift von Zinsen die Bausparsumme erreicht, scheidet von diesem Zeitpunkt an die Gewährung des Bauspardarlehens in der Regel aus. Damit endet nach ständiger Entscheidungspraxis der Ombudsleute auch der Ausschluss des gesetzlichen Rechts der Bausparkasse, das von dem Kunden in der Sparphase gewährte Darlehen nach § 488 BGB zu kündigen. Diese Spruchpraxis der Ombudsleute ist zwischenzeitlich auch von verschiedenen Gerichten bestätigt worden.

Ein weiterer Teil der Beschwerden befasste sich mit im Zusammenhang einer Kündigung des vollbesparten Vertrages stehenden Rechtsfragen.

Insgesamt entfielen damit auf die Kategorie der so genannten „sonstigen Beschwerden“, zu denen alle Beschwerden gezählt werden, die sich keiner anderen Kategorie zuordnen lassen, 46 Prozent.

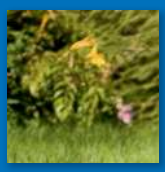
23 Prozent der Beschwerden hatten eine unzureichende Beratung zum Gegenstand. Hier haben die Beschwerdeführer geltend gemacht, beim Abschluss von Bausparverträgen, aber auch bei umfassenden Finanzierungskonstruktionen nicht hinreichend beraten worden zu sein. Vereinzelt wurden auch Beratungen bemängelt, bei denen zur Auflösung eines länger bestehenden Vertrages in Verbindung mit dem Abschluss eines Neuvertrages geraten wurde.

12 Prozent der Beschwerden standen im unmittelbaren Zusammenhang mit einem Darlehensvertrag. Hier wurde häufig die vertraglich bestehende und in der Rechtsprechung anerkannte Verpflichtung, das Vorfinanzierungsdarlehen mit einem zur Tilgung vorgesehenen Bausparvertrag abzulösen, und die sich daraus ergebenden Rechtsfolgen gerügt.

Auf Gebührenstreitigkeiten entfielen 9 Prozent der Beschwerden. In 4 Prozent der Beschwerden baten die Beschwerdeführer um Überprüfung einer in Rechnung gestellten Vorfälligkeitsentschädigung, zum Teil dem Grunde nach, zum überwiegenden Teil aber der Höhe nach. Eine unangemessene bzw. überhöhte Bausparsumme wurde in 3 Prozent der Fälle als Anlass zur Beschwerde genommen. Schließlich wurde in weiteren 3 Prozent der Beschwerden noch die (Nicht-)Annahme von Regelsparbeiträgen oder Sonderzahlungen thematisiert.

Zum Ausgang der Fälle aus dem Jahr 2011 ist anzumerken, dass per 30. April 2012 171 Verfahren ohne Einschaltung der Ombudsleute abgeschlossen werden konnten, da die Bausparkassen dem Begehren der Beschwerdeführer nachkamen, sich auf einen Vergleich einigten oder die Beschwerdeführer von einer weiteren Verfolgung ihres Anliegens Abstand nahmen. 62 Beschwerden wurden durch Schlichtungsspruch als unzulässig abgewiesen, 298 gingen zu Gunsten der Bausparkasse und 104 zu Gunsten des Beschwerdeführers aus. In 20 Fällen unterbreiteten die Ombudsleute einen Vergleichsvorschlag. Damit sind bereits über 90 Prozent der auf das Jahr 2011 entfallenden Beschwerden abgeschlossen. Die übrigen noch offenen Fälle liegen den Ombudsleuten weitgehend zur Entscheidung vor, so dass mit einem Abschluss aller Verfahren noch im zweiten Quartal 2012 zu rechnen ist.

Auch im Jahr 2012 erfreut sich das Verfahren zur außergerichtlichen Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Bausparkassen und ihren Kunden weiterhin großer Beliebtheit. So gingen bis zum 30. April 2012 rund 270 neue Fälle bei der Kundenbeschwerdestelle ein.



Unser Traum: Unser Haus so umzubauen, dass wir auch im hohen Alter dort wohnen bleiben können.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 2
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2010 und 2011

Tabelle 3
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 4
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 5
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 6
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 7
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2011

Tabelle 8
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2011

Tabelle 9
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2009 bis 2011

Tabelle 10
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 11
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 12
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2011

Tabelle 13
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 14
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 15
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 16
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 17
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 18
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2011

Tabelle 19
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2011

Tabelle 20
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2011

Tabelle 21
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2011

Tabelle 22
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2006 bis 2011

Tabelle 23
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2006 bis 2011

Tabelle 24
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Tabelle 1:
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Auszahlungen nach Zuteilung[1]		Auszahlungen an Vor- und Zwischenkrediten		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen		Auszahlungen insgesamt
	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €
2002	19.657,6	56,8	12.749,5	36,8	2.214,6	6,4	34.621,7
2003	18.559,7	50,7	15.542,4	42,4	2.532,3	6,9	36.634,4
2004	17.252,0	51,9	13.726,3	41,3	2.245,9	6,8	33.224,2
2005	15.664,0	52,3	12.362,3	41,3	1.924,2	6,4	29.950,6[2]
2006	17.846,3	56,1	11.950,1	37,6	2.000,0	6,3	31.796,4
2007	21.385,7	61,0	11.838,4	33,8	1.829,0	5,2	35.053,1
2008	26.126,9	63,9	12.355,1	30,2	2.384,7	5,8	40.866,7
2009	19.329,5	58,3	11.633,7	35,1	2.207,8	6,7	33.171,0
2010	16.619,5	55,0	11.647,1	38,6	1.935,8	6,4	30.202,3[2]
2011	17.847,2	54,2	12.908,5	39,2	2.183,7	6,6	32.939,4

1) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge. Bauspareinlagen und Bauspardarlehen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2:
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2010 und 2011

Bundesland	2010				2011			
	Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]		Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]	
	Anzahl	%	Mio. €	%	Anzahl	%	Mio. €	%
Schleswig-Holstein	8.222	4,4	1.105,8	3,7	9.440	4,1	1.196,1	3,7
Hamburg	4.129	2,2	406,9	1,4	5.061	2,2	430,5	1,3
Niedersachsen	16.565	8,8	3.090,3	10,4	23.051	10,1	3.348,5	10,4
Bremen	1.118	0,6	182,5	0,6	1.305	0,6	202,1	0,6
Nordrhein-Westfalen	36.432	19,4	5.194,8	17,6	38.817	17,0	5.813,1	18,0
Hessen	12.210	6,5	2.130,6	7,2	15.955	7,0	2.298,4	7,1
Rheinland-Pfalz	9.364	5,0	1.905,9	6,4	12.094	5,3	2.097,7	6,5
Baden-Württemberg	28.833	15,4	5.183,0	17,5	33.834	14,8	5.612,0	17,4
Bayern	42.420	22,6	5.635,2	19,0	52.571	23,0	6.057,3	18,8
Saarland	1.230	0,7	428,6	1,4	1.854	0,8	459,9	1,4
Berlin	5.488	2,9	547,0	1,8	7.361	3,2	589,9	1,8
Brandenburg	6.781	3,6	819,6	2,8	7.854	3,4	890,9	2,8
Mecklenburg-Vorpommern	4.687	2,5	463,5	1,6	5.864	2,6	534,6	1,7
Sachsen	5.621	3,0	1.142,5	3,9	6.803	3,0	1.247,8	3,9
Sachsen-Anhalt	1.788	1,0	651,8	2,2	2.896	1,3	733,8	2,3
Thüringen	2.779	1,5	701,0	2,4	3.635	1,6	753,5	2,3
Deutschland	**187.667**	**100,1**	**29.589,0**	**99,9**	**228.395**	**100,0**	**32.266,0**[3]	**100,0**

1) In Wohn- und Nichtwohnbauten. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.
Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 3:
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]	
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
a) In Westdeutschland[2]				
2002	2.847.214	+ 2,9	67.272,6	+ 6,5
2003	3.826.734	+ 34,4	89.509,2	+ 33,1
2004	3.318.425	- 13,3	82.523,3	- 7,8
2005	3.068.924	- 7,5	81.099,1	- 1,7
2006	2.867.327	- 6,6	82.357,4	+ 1,6
2007	2.582.768	- 9,9	77.493,1	- 5,9
2008	2.915.707	+ 12,9	84.223,9	+ 8,7
2009	2.502.853	- 14,2	75.605,1	- 10,2
2010	2.580.885	+ 3,1	80.039,3	+ 5,9
2011	2.607.083	+ 1,0	86.408,7	+ 8,0
b) In Ostdeutschland[2]				
2002	619.133	+ 4,0	12.221,9	+ 4,5
2003	823.423	+ 33,0	15.842,2	+ 29,6
2004	695.310	- 15,6	13.697,5	- 13,5
2005	641.782	- 7,7	12.991,5	- 5,2
2006	601.714	- 6,2	12.650,5	- 2,6
2007	524.417	- 12,8	11.698,3	- 7,5
2008	612.154	+ 16,7	13.137,2	+ 12,3
2009	508.696	- 16,9	11.690,9	- 11,0
2010	511.600	+ 0,6	12.134,3	+ 3,8
2011	504.472	- 1,4	12.479,3	+ 2,8
c) In Deutschland insgesamt[3]				
2002	3.485.234	+ 3,1	80.422,3	+ 6,4
2003	4.671.181	+ 34,0	106.458,4	+ 32,4
2004	4.035.097	- 13,6	97.361,4	- 8,5
2005	3.733.856	- 7,5	95.420,2	- 2,0
2006	3.492.059	- 6,5	96.383,4	+ 1,0
2007	3.128.851	- 10,4	90.442,2	- 6,2
2008	3.549.190	+ 13,4	98.612,1	+ 9,0
2009	3.031.316	- 14,6	88.481,6	- 10,3
2010	3.113.057	+ 2,7	93.366,9	+ 5,5
2011	3.134.359	+ 0,7	100.188,7	+ 7,3

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.
3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 4:
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2002	24.909.136	523.087,4	7.513.089	154.896,5	32.422.225	677.983,8[1]
2003	26.100.320	560.445,5	6.902.958	143.579,7	33.003.278	704.025,2
2004	26.826.617	589.792,7	6.299.203	133.245,8	33.125.820	723.038,5
2005	27.120.072	613.208,1	5.543.257	118.058,9	32.663.329	731.267,0
2006	26.976.775	629.966,9	4.962.957	108.496,5	31.939.732	738.463,4
2007	26.431.481	637.549,4	4.627.061	105.838,9	31.058.542	743.388,3
2008	26.050.335	646.269,5	4.470.267	107.675,1	30.520.602	753.944,6
2009	25.879.006	657.745,5	4.230.794	105.700,2	30.109.800	763.445,7
2010	26.042.228	679.687,2	3.940.697	100.933,6	29.982.925	780.620,8
2011	26.229.507	705.385,8	3.731.078	98.604,4	29.960.585	803.990,2

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 5:
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Spargeldeingänge[1]		Zins- und Tilgungseingänge		Wohnungsbauprämien		Geldeingänge insgesamt	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2002	22.926,5	+ 6,2	13.944,7	- 3,5	508,7	- 1,3	37.379,8[2]	+ 2,3
2003	26.063,7	+ 13,7	14.455,0	+ 3,7	653,1	+ 28,4	41.171,8	+ 10,1
2004	25.775,9	- 1,1	13.288,5	- 8,1	621,9	- 4,8	39.686,3	- 3,6
2005	26.171,2	+ 1,5	13.677,4	+ 2,9	517,3	- 16,8	40.365,9	+ 1,7
2006	25.476,1	- 2,7	11.458,5	- 16,2	516,2	- 0,2	37.450,8	- 7,2
2007	24.386,9	- 4,3	10.388,1	- 9,3	468,9	- 9,2	35.244,0[2]	- 5,9
2008	23.997,2	- 1,6	10.195,6	- 1,9	479,5	+ 2,2	34.672,4[2]	- 1,6
2009	25.258,6	+ 5,3	11.443,8	+ 12,2	455,6	- 5,0	37.157,9	+ 7,2
2010	27.548,0	+ 9,1	11.830,5	+ 3,4	546,3	+ 19,9	39.924,8	+ 7,4
2011	27.237,3	- 1,1	11.100,1	- 6,2	458,8	- 16,0	38.796,2	- 2,8

1) Ohne Zinsgutschriften.
2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 6:
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag (€)
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
a) In Westdeutschland[2]					
2002	1.758.805	+ 2,0	42.939,8	+ 5,3	24.414
2003	2.355.051	+ 33,9	57.257,6	+ 33,3	24.313
2004	2.011.103	- 14,6	52.246,1	- 8,8	25.979
2005	1.823.118	- 9,3	50.432,0	- 3,5	27.663
2006	1.707.059	- 6,4	51.148,7	+ 1,4	29.963
2007	1.487.675	- 12,9	47.709,2	- 6,7	32.070
2008	1.694.817	+ 13,9	52.942,9	+ 11,0	31.238
2009	1.480.077	- 12,7	46.855,1	- 11,5	31.657
2010	1.504.160	+ 1,6	49.386,2	+ 5,4	32.833
2011	1.522.601	+ 1,2	54.537,8	+ 10,4	35.819
b) In Ostdeutschland[2]					
2002	391.324	+ 2,7	8.494,5	+ 2,7	21.707
2003	523.415	+ 33,8	10.981,3	+ 29,3	20.980
2004	426.083	- 18,6	9.333,1	- 15,0	21.905
2005	388.175	- 8,9	8.765,8	- 6,1	22.582
2006	366.450	- 5,6	8.600,7	- 1,9	23.470
2007	314.852	- 14,1	7.868,2	- 8,5	24.990
2008	359.372	+ 14,1	8.640,1	+ 9,8	24.042
2009	314.757	- 12,4	7.949,0	- 8,0	25.254
2010	316.441	+ 0,5	8.157,8	+ 2,6	25.780
2011	324.168	+ 2,4	8.700,6	+ 6,7	26.840
c) In Deutschland insgesamt[3]					
2002	2.169.016	+ 2,2	52.362,1	+ 5,2	24.141
2003	2.899.490	+ 33,7	69.345,9	+ 32,4	23.917
2004	2.458.548	- 15,2	62.720,0	- 9,6	25.511
2005	2.234.443	- 9,1	60.527,5	- 3,5	27.088
2006	2.096.527	- 6,2	61.124,9	+ 1,0	29.155
2007	1.824.193	- 13,0	56.828,2	- 7,0	31.153
2008	2.075.518	+ 13,8	62.833,9	+ 10,6	30.274
2009	1.814.601	- 12,6	55.989,6	- 10,9	30.855
2010	1.841.173	+ 1,5	58.737,3	+ 4,9	31.902
2011	1.869.573	+ 1,5	64.539,1	+ 9,9	34.521

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.
3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 7:
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2011

Monat	Eingelöste Bausparverträge			Spargeldeingang[2]	
	Anzahl	Bausparsummen[1]			
		Mio. €	%	Mio. €	%
Januar	149.079	4.878,4	7,6	1.523,5	8,4
Februar	147.813	4.854,9	7,5	1.448,9	8,0
März	160.400	5.595,1	8,7	1.762,1	9,7
April	158.547	5.468,3	8,5	1.445,7	8,0
Mai	167.548	5.800,9	9,0	1.509,7	8,3
Juni	152.844	5.453,8	8,5	1.547,5	8,5
Juli	151.454	5.404,5	8,4	1.377,1	7,6
August	151.086	5.344,5	8,3	1.449,5	8,0
September	147.623	5.225,8	8,1	1.539,0	8,5
Oktober	144.043	4.915,0	7,6	1.316,4	7,3
November	153.611	5.226,5	8,1	1.440,9	8,0
Dezember	185.525	6.371,4	9,9	1.749,0	9,7
Summe	**1.869.573**	**64.539,1**	**100,2**	**18.109,3**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.
2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 8:
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2011

Berufsgruppe	Eingelöste Bausparverträge					Darlehensnehmer	
	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittl. Bausparsumme je Vertrag (€)	Anzahl	
	absolut	%	Mio. €	%		absolut	%
Arbeiter[2]	318.730	17,0	10.546,6	16,3	33.090	69.299	20,1
Angestellte	815.112	43,6	29.481,6	45,7	36.169	160.671	46,7
Beamte	142.573	7,6	4.631,4	7,2	32.484	29.202	8,5
Rentner und Pensionäre	172.645	9,2	4.718,7	7,3	27.332	44.691	13,0
Selbständige in Handel, Handwerk und Industrie	47.449	2,5	2.985,5	4,6	62.920	15.856	4,6
Land- und Forstwirte	5.791	0,3	323,0	0,5	55.781	1.428	0,4
Freie Berufe	13.951	0,7	1.174,5	1,8	84.190	3.409	1,0
Juristische Personen	1.951	0,1	756,1	1,2	387.519	288	0,1
Personen ohne Beruf, Schüler, Studenten und Hausfrauen	328.567	17,6	8.620,9	13,4	26.238	19.235	5,6
Bausparer mit Sitz im Ausland[3]	22.804	1,2	1.300,8	2,0	57.041	---	---
Insgesamt	**1.869.573**	**99,8**	**64.539,1**	**100,0**	**34.521**	**344.079**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Einschließlich nicht selbständiger Handwerker.

3) Bausparer mit Sitz im Ausland unter den Darlehensnehmern sind den einzelnen Berufsgruppen zugeordnet.

Tabelle 9:
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2009 bis 2011

Alter der Bausparer (31.12.)	Anteile an den eingelösten Bausparverträgen (%)					
	Anzahl			Bausparsumme[1]		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011
unter 20 Jahre	8,8	8,8	8,7	5,6	5,1	4,8
20 bis unter 30 Jahre	17,9	17,4	17,5	17,0	16,4	16,2
30 bis unter 40 Jahre	17,8	17,4	18,0	21,7	21,6	22,7
40 bis unter 50 Jahre	23,1	22,6	23,0	26,2	25,7	26,7
50 bis unter 60 Jahre	18,1	18,3	18,5	17,4	17,6	17,7
60 Jahre und mehr	14,2	15,5	14,4	12,1	13,5	12,0
Insgesamt	**99,9**	**100,0**	**100,1**	**100,0**	**99,9**	**100,1**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 10:
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2002	16.459.452	353.061,4	4.764.921	101.680,2	21.224.373	454.741,5[1]
2003	17.140.733	377.115,1	4.346.986	93.469,0	21.487.719	470.584,1
2004	17.500.114	395.669,6	3.929.521	85.823,9	21.429.635	481.493,5
2005	17.663.104	410.721,1	3.444.272	75.318,5	21.107.376	486.039,5[1]
2006	17.456.398	420.629,9	3.082.809	69.205,8	20.539.207	489.835,8[1]
2007	16.984.832	424.334,5	2.890.597	67.788,2	19.875.429	492.122,7
2008	16.601.464	428.611,5	2.822.139	69.508,5	19.423.603	498.120,0
2009	16.467.801	435.860,3	2.689.623	68.339,6	19.157.424	504.199,9
2010	16.556.970	450.348,6	2.531.723	65.702,0	19.088.693	516.050,6
2011	16.663.197	468.332,5	2.441.586	64.911,5	19.104.783	533.244,0

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 11:
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Bauspareinlagen (Mio. €)	Nicht zugeteilte Bausparverträge			Durchschnittl. Guthaben je nicht zugeteiltem Bausparvertrag	
		Anzahl	Bauspar-summen (Mio. €)	Durchschnittliche Bausparsumme (€)	€	% der durch-schnittl. Bauspar-summe je nicht zugeteiltem Vertrag
2002	69.222,8	16.459.452	353.061,4	21.450	4.206	19,6
2003	73.587,8	17.140.733	377.115,1	22.001	4.293	19,5
2004	77.817,8	17.500.114	395.669,6	22.610	4.447	19,7
2005	82.341,6	17.663.104	410.721,1	23.253	4.662	20,0
2006	84.364,4	17.456.398	420.629,9	24.096	4.833	20,1
2007	83.610,2	16.984.832	424.334,5	24.983	4.923	19,7
2008	80.001,1	16.601.464	428.611,5	25.818	4.819	18,7
2009	82.248,4	16.467.801	435.860,3	26.467	4.994	18,9
2010	87.802,0	16.556.970	450.348,6	27.200	5.303	19,5
2011	91.965,8	16.663.197	468.332,5	28.106	5.519	19,6

Tabelle 12:
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2011

Größenklassen (€)	Anzahl		Bausparsummen		
	absolut	%	Mio. €	%	Durchschnitt (€)
bis 10.000	5.219.440	31,3	48.854,9	10,4	9.360
über 10.000 - 25.000	6.017.024	36,1	112.209,0	24,0	18.649
über 25.000 - 150.000	5.238.133	31,4	267.326,2	57,1	51.035
über 150.000 - 500.000	184.743	1,1	36.526,3	7,8	197.714
über 500.000	3.857	0,0	3.416,2	0,7	885.713
Insgesamt	**16.663.197**	**99,9**	**468.332,5**[1]	**100,0**	**28.106**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13:
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Spargeldeingänge[1]			Zins- und Tilgungseingänge			Wohnungsbauprämien-Eingänge[2]				Geldeingänge insges.	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	in % der Spargeldeingänge[3] d. Vorjahres	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2002	15.456,2	+ 6,5	61,1	9.526,4	- 4,7	37,6	334,2	- 3,1	1,3	2,0	25.316,9[4]	+ 1,8
2003	17.667,4	+ 14,3	63,4	9.804,6	+ 2,9	35,2	390,3	+ 16,8	1,4	2,3	27.862,3	+ 10,1
2004	17.090,3	- 3,3	64,6	8.985,4	- 8,4	34,0	369,1	- 5,4	1,4	1,9	26.444,8	- 5,1
2005	16.967,2	- 0,7	64,2	9.131,6	+ 1,6	34,6	326,9	- 11,4	1,2	1,7	26.425,7	- 0,1
2006	16.432,1	- 3,2	67,3	7.647,6	- 16,3	31,3	337,7	+ 3,3	1,4	1,8	24.417,3[4]	- 7,6
2007	15.526,2	- 5,5	67,9	7.026,5	- 8,1	30,7	302,5	- 10,4	1,3	1,6	22.855,2	- 6,4
2008	15.459,9	- 0,4	68,2	6.904,8	- 1,7	30,5	304,4	+ 0,6	1,3	1,7	22.669,1	- 0,8
2009	16.300,6	+ 5,4	66,9	7.785,8	+ 12,8	31,9	285,6	- 6,2	1,2	1,7	24.372,0	+ 7,5
2010	18.147,2	+ 11,3	68,7	7.939,6	+ 2,0	30,0	334,6	+ 17,2	1,3	1,9	26.421,4	+ 8,4
2011	18.109,3	- 0,2	69,7	7.589,6	- 4,4	29,2	270,7	- 19,1	1,0	1,4	25.969,6	- 1,7

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Für Antragsbewilligungen aus dem jeweiligen Jahr und Vorjahren.

3) Einschließlich Zinsgutschriften.

4) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 14:
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes[1] (Mio. €)	Spargeldeingänge[2] (Mio. €)	Jahressparleistung in % der Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes
2002	346.451,7	15.456,2	4,5
2003	363.254,0	17.667,4	4,9
2004	387.052,5	17.090,3	4,4
2005	402.511,0	16.967,2	4,2
2006	417.555,4	16.432,1	3,9
2007	422.120,3	15.526,2	3,7
2008	424.269,4	15.459,9	3,6
2009	430.954,1	16.300,6	3,8
2010	442.353,9	18.147,2	4,1
2011	459.366,3	18.109,3	3,9

1) Durchschnittswerte, errechnet jeweils aus den 12 Monatsendwerten.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 15:
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Tilgungsbeträge		Zins- und Tilgungsleistungen		Anteil der Tilgungsbeträge an den Zins- und Tilgungsleistungen (%)
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
2002	7.328,1	- 3,5	9.526,4	- 4,7	76,9
2003	7.611,6	+ 3,9	9.804,6	+ 2,9	77,6
2004	7.233,4	- 5,0	8.985,4	- 8,4	80,5
2005	7.240,1	+ 0,1	9.131,6	+ 1,6	79,3
2006	6.061,6	- 16,3	7.647,6	- 16,3	79,3
2007	5.390,6	- 11,1	7.026,5	- 8,1	76,7
2008	5.422,6	+ 0,6	6.904,8	- 1,7	78,5
2009	5.977,5	+ 10,2	7.785,8	+ 12,8	76,8
2010	6.223,4	+ 4,1	7.939,6	+ 2,0	78,4
2011	6.155,5	- 1,1	7.589,6	- 4,4	81,1

Tabelle 16:
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Anzahl der nicht zugeteilten Bausparverträge am Jahresende	Anzahl der bewilligten WoP-Anträge	Bewilligte WoP-Anträge in % der nicht zugeteilten Bausparverträge des Vorjahres	Ermittelte WoP[1] für Bausparkonten (Mio. €)	Durchschnittlicher Prämienbetrag je bewilligtem WoP-Antrag (€)
2002	16.459.452	5.392.333	33,0	302,7	56
2003	17.140.733	5.237.369	31,8	308,2	59
2004	17.500.114	5.606.322	32,7	311,1	55
2005	17.663.104	5.343.429	30,5	274,2	51
2006	17.456.398	5.286.053	29,9	265,4	50
2007	16.984.832	5.199.116	29,8	259,8	50
2008	16.601.464	5.051.051	29,7	249,2	49
2009	16.467.801	4.734.220	28,5	227,7	48
2010	16.556.970	4.626.231	28,1	229,5	50
2011	16.663.197	4.293.617	25,9	210,4	49

1) Für bewilligte WoP-Anträge des jeweiligen Jahres.

Tabelle 17:
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahr	Neuzusagen[1]		Auszahlungen[1] insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung an Bauspareinlagen		Auszahlungen[2] nach Zuteilung an Bauspardarlehen		Auszahlungen an Baudarlehen aus Zwischenkreditgewährung		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €
2002	26.263,8	- 5,8	24.821,1[3]	- 6,0	12.898,6[3]	- 15,6	9.132,6	- 14,8	3.765,9	- 17,6	9.810,3	+ 5,0	2.112,2
2003	29.051,8	+ 10,6	26.814,3	+ 8,0	12.084,9	- 6,3	9.234,7	+ 1,1	2.850,2	- 24,3	12.304,4	+ 25,4	2.425,0
2004	24.266,6	- 16,5	24.211,5	- 9,7	11.094,0	- 8,2	8.620,3	- 6,7	2.473,7	- 13,2	10.949,9	- 11,0	2.167,6
2005	23.827,5	- 1,8	21.881,6	- 9,6	10.064,3	- 9,3	8.247,3	- 4,3	1.817,0	- 26,5	9.968,3	- 9,0	1.849,0
2006	24.633,1	+ 3,4	23.416,2	+ 7,0	11.773,5	+ 17,0	9.783,6	+ 18,6	1.989,9	+ 9,5	9.695,6	- 2,7	1.947,1
2007	26.838,4	+ 9,0	26.030,1	+ 11,2	14.281,0	+ 21,3	11.596,3	+ 18,5	2.684,7	+ 34,9	9.964,9	+ 2,8	1.784,2
2008	30.676,3	+ 14,3	30.848,6	+ 18,5	18.017,4	+ 26,2	14.377,2	+ 24,0	3.640,2	+ 35,6	10.530,8	+ 5,7	2.300,4
2009	27.022,8	- 11,9	23.991,5	- 22,2	12.570,4	- 30,2	9.546,5	- 33,6	3.023,9	- 16,9	9.322,3	- 11,5	2.098,8
2010	24.622,2	- 8,9	21.633,5[3]	- 9,8	10.603,6	- 15,6	8.411,4	- 11,9	2.192,2	- 27,5	9.236,9	- 0,9	1.793,1
2011	26.405,5	+ 7,2	23.399,6[3]	+ 8,2	11.484,4	+ 8,3	9.151,7	+ 8,8	2.332,7	+ 6,4	9.863,0	+ 6,8	2.052,3

1) Neuzusagen und Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.

2) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 18:
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2011

Bundesland	Eingelöste Neuabschlüsse					
	Anzahl		Bausparsummen[1]			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	Durchschnitt (€)
Schleswig-Holstein	65.293	+ 3,5	2.117,5	+ 7,7	3,3	32.431
Hamburg	26.660	+ 7,4	1.010,8	+ 18,6	1,6	37.916
Niedersachsen	181.409	+ 1,1	5.739,0	+ 5,9	9,1	31.636
Bremen	11.712	+ 2,6	372,1	+ 7,6	0,6	31.768
Nordrhein-Westfalen	346.795	+ 1,2	11.537,3	+ 8,7	18,2	33.268
Hessen	145.241	- 0,2	5.048,6	+ 8,6	8,0	34.760
Rheinland-Pfalz	109.459	- 0,3	3.818,6	+ 7,6	6,0	34.886
Baden-Württemberg	289.027	- 1,2	11.534,4	+ 10,3	18,2	39.908
Bayern	319.189	+ 3,6	12.435,1	+ 16,1	19,7	38.959
Saarland	27.816	+ 2,7	924,3	+ 12,1	1,5	33.227
Berlin	42.742	+ 3,0	1.354,8	+ 11,7	2,1	31.698
Brandenburg	52.733	+ 6,2	1.456,6	+ 7,8	2,3	27.622
Mecklenburg-Vorpommern	35.620	+ 2,7	941,8	+ 5,4	1,5	26.440
Sachsen	84.562	+ 0,8	2.157,6	+ 6,2	3,4	25.514
Sachsen-Anhalt	52.217	+ 2,3	1.307,5	+ 5,9	2,1	25.041
Thüringen	56.294	+ 1,1	1.482,3	+ 3,4	2,3	26.331
Deutschland	**1.846.769**	**+ 1,4**	**63.238,3**	**+ 9,9**	**99,9**	**34.243**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 19:
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2011

Bundesland	Vertragsbestände am Jahresende					
	Anzahl		Bausparsummen			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)
Schleswig-Holstein	637.766	- 0,5	17.699,7	+ 2,2	3,4	6.237
Hamburg	230.712	+ 3,2	6.473,7	+ 9,7	1,2	3.604
Niedersachsen	1.886.350	- 0,5	49.158,8	+ 2,1	9,4	6.207
Bremen	109.183	+ 2,1	2.773,4	+ 7,6	0,5	4.202
Nordrhein-Westfalen	3.371.298	- 0,4	91.409,6	+ 2,7	17,5	5.123
Hessen	1.516.482	+ 0,0	42.792,3	+ 4,3	8,2	7.030
Rheinland-Pfalz	1.117.949	+ 0,5	30.899,2	+ 2,7	5,9	7.724
Baden-Württemberg	3.124.085	+ 0,7	94.988,2	+ 3,9	18,2	8.808
Bayern	3.453.820	+ 1,2	103.379,9	+ 4,3	19,8	8.215
Saarland	271.113	- 0,2	7.442,4	+ 5,0	1,4	7.338
Berlin	400.901	- 1,6	10.753,5	+ 4,8	2,1	3.081
Brandenburg	547.232	+ 1,2	13.647,1	- 0,3	2,6	5.464
Mecklenburg-Vorpommern	326.287	- 4,9	8.236,3	+ 6,9	1,6	5.033
Sachsen	868.484	- 1,6	19.535,0	- 0,8	3,7	4.722
Sachsen-Anhalt	490.169	- 1,6	11.320,0	+ 3,3	2,2	4.885
Thüringen	539.396	- 1,1	12.090,2	+ 0,5	2,3	5.437
Deutschland	**18.891.227**	**+ 0,0**	**522.599,4**[2]	**+ 3,3**	**100,0**	**6.386**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2011. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 20:
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2011

Bundesland	Eingänge an						
	Spargeldern[1]				Zins- u. Tilgungszahlungen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[2] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	575,4	- 0,2	3,2	203	308,5	- 3,0	4,1
Hamburg	260,9	+ 7,2	1,4	145	74,2	- 1,3	1,0
Niedersachsen	1.643,1	- 1,8	9,1	207	782,6	- 3,9	10,4
Bremen	115,8	+ 7,8	0,6	175	41,0	+ 0,7	0,5
Nordrhein-Westfalen	3.019,0	+ 0,5	16,8	169	1.269,5	- 2,2	16,9
Hessen	1.440,6	- 1,5	8,0	237	640,2	- 3,9	8,5
Rheinland-Pfalz	1.184,0	+ 0,5	6,6	296	501,7	- 6,4	6,7
Baden-Württemberg	3.226,9	+ 0,9	17,9	299	1.214,3	- 5,2	16,2
Bayern	3.641,0	- 2,6	20,2	289	1.176,1	- 10,2	15,7
Saarland	254,1	- 0,7	1,4	251	144,1	- 2,6	1,9
Berlin	390,1	- 0,6	2,2	112	135,5	- 2,3	1,8
Brandenburg	450,3	- 3,9	2,5	180	252,2	- 0,0	3,4
Mecklenburg-Vorpommern	265,5	- 3,7	1,5	162	161,0	- 1,0	2,1
Sachsen	727,4	- 0,8	4,0	176	352,9	- 3,3	4,7
Sachsen-Anhalt	383,6	+ 1,2	2,1	166	214,2	- 0,8	2,9
Thüringen	433,0	- 1,2	2,4	195	223,6	- 2,6	3,0
Deutschland	**18.010,6**[3]	**- 0,6**	**99,9**	**220**	**7.491,6**	**- 4,6**	**99,8**

1) Ohne Zinsgutschriften, einschließlich Gutschriften von Wohnungsbauprämien.

2) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2011. Quelle: Statistisches Bundesamt.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 21:
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2011

Bundesland	Bestände am Jahresende an						
	Bauspareinlagen				Baudarlehen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	2.792,5	+ 3,2	3,1	984	4.335,7	+ 5,5	5,0
Hamburg	1.163,9	+ 11,8	1,3	648	1.172,7	+ 7,8	1,4
Niedersachsen	8.165,9	+ 3,6	9,0	1.031	8.928,0	+ 0,1	10,3
Bremen	465,7	- 1,7	0,5	706	467,2	+ 0,6	0,5
Nordrhein-Westfalen	14.907,7	+ 4,1	16,5	835	16.016,9	+ 0,7	18,5
Hessen	7.389,2	+ 5,2	8,2	1.214	8.001,3	+ 1,6	9,2
Rheinland-Pfalz	5.293,7	+ 2,5	5,9	1.323	5.654,1	- 0,9	6,5
Baden-Württemberg	16.551,3	+ 6,3	18,3	1.535	11.365,0	+ 3,2	13,1
Bayern	19.144,3	+ 5,3	21,2	1.521	12.231,6	+ 2,4	14,1
Saarland	1.268,8	+ 7,4	1,4	1.251	1.349,4	+ 1,1	1,6
Berlin	1.893,5	+ 1,9	2,1	542	2.136,4	+ 8,6	2,5
Brandenburg	2.320,3	+ 5,0	2,6	929	3.822,5	+ 9,4	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	1.339,4	+ 8,6	1,5	819	1.826,5	+ 4,7	2,1
Sachsen	3.593,5	+ 1,3	4,0	869	4.105,7	+ 3,0	4,7
Sachsen-Anhalt	1.889,0	+ 8,0	2,1	815	2.697,7	+ 3,7	3,1
Thüringen	2.098,0	+ 4,5	2,3	944	2.487,7	+ 1,5	2,9
Deutschland	**90.276,7**	**+ 4,8**	**100,0**	**1.103**	**86.598,2**[2]	**+ 2,4**	**99,9**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2011. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 22:
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2006 bis 2011

	2006		2007		2008		2009		2010		2011	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AUFWENDUNGEN												
Verwaltungskosten												
- Personelle Aufwendungen	1.815,8	23,4	1.649,6	22,7	1.808,0	24,2	1.577,0	22,6	1.637,6	23,0	1.753,2	22,9
- Sach- und allgemeine Aufwendungen	788,9	10,2	847,9	11,7	808,1	10,8	797,1	11,4	887,4	12,5	911,3	11,9
Abschreibungen und Wertberichtigungen												
- auf Baudarlehen	451,6	5,8	417,2	5,7	519,0	7,0	267,8	3,8	227,1	3,2	162,5	2,1
- Sonstige	129,0	1,7	78,5	1,1	36,7	0,5	29,9	0,4	78,4	1,1	31,2	0,4
Zinsen												
- auf Bauspareinlagen	2.565,4	33,1	2.278,2	31,3	2.239,6	30,0	2.023,5	29,0	2.106,1	29,6	2.061,8	26,9
- Sonstige	1.297,7	16,7	1.349,1	18,6	1.476,5	19,8	1.449,5	20,7	1.368,2	19,2	1.288,0	16,8
Steuern und öffentliche Abgaben	133,6	1,7	185,4	2,5	174,3	2,3	173,9	2,5	247,3	3,5	134,3	1,8
Alle übrigen Aufwendungen	556,0	7,2	382,8	5,3	346,1	4,6	525,7	7,5	486,4	6,8	1.223,1	16,0
Jahresüberschuss	12,5	0,2	83,1	1,1	55,9	0,7	144,2	2,1	76,7	1,1	94,7	1,2
Gesamtbetrag	**7.750,4**[1]	**100,0**	**7.271,8**	**100,0**	**7.464,2**	**99,9**	**6.988,5**[1]	**100,0**	**7.115,2**	**100,0**	**7.660,1**	**100,0**
ERTRÄGE												
Gebühren der Bausparer												
- für Vertragsabschluss und -vermittlung	575,0	7,4	580,0	8,0	673,5	9,0	558,9	8,0	617,1	8,7	647,4	8,5
- für Darlehensregelung nach Zuteilung	84,7	1,1	74,4	1,0	66,2	0,9	59,7	0,9	52,5	0,7	44,0	0,6
- Sonstige	390,3	5,0	363,3	5,0	357,5	4,8	333,6	4,8	336,1	4,7	321,4	4,2
Zinsen												
- aus Baudarlehen	3.840,1	49,5	3.912,3	53,8	4.049,5	54,3	4.115,7	58,9	4.117,8	57,9	3.999,1	52,2
- Sonstige	1.857,1	24,0	1.856,6	25,5	1.682,3	22,5	1.416,7	20,3	1.382,5	19,4	1.523,9	19,9
Alle übrigen Erträge	1.003,3	12,9	485,1	6,7	635,0	8,5	504,0	7,2	609,2	8,6	1.124,2	14,7
Gesamtbetrag	**7.750,4**[1]	**99,9**	**7.271,8**[1]	**100,0**	**7.464,2**[1]	**100,0**	**6.988,5**[1]	**100,1**	**7.115,2**	**100,0**	**7.660,1**[1]	**100,1**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 23:
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2006 bis 2011

	31.12.2006		31.12.2007		31.12.2008		31.12.2009		31.12.2010		31.12.2011	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AKTIVA												
- Bauspardarlehen	(17.375,5)		(17.596,3)		(18.906,3)		(18.905,9)		(18.091,1)		(17.868,3)	
- Zwischenkredite	(52.621,1)		(55.100,5)		(57.329,4)		(59.674,7)		(61.067,4)		(62.734,7)	
- Sonst. Baudarlehen	(9.260,9)		(9.400,6)		(9.606,4)		(10.091,4)		(10.346,3)		(10.908,7)	
Baudarlehen	79.257,6	55,8	82.097,4	59,5	85.842,1	62,4	88.672,0	62,4	89.504,8	61,7	91.511,7	64,0
Barreserve, andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Baudarlehen)	26.909,5	19,0	24.688,6	17,9	21.748,4	15,8	18.322,6	12,9	23.207,5	16,0	21.502,5	15,0
Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen, Schatzwechsel	17.681,1	12,5	15.006,8	10,9	15.849,0	11,5	22.632,1	15,9	20.876,7	14,4	19.483,6	13,6
Sonstige Aktiva	18.083,2	12,7	16.181,8	11,7	14.029,4	10,2	12.516,2	8,8	11.453,7	7,9	10.443,7	7,3
Bilanzsumme	**141.931,4**[1]	**100,0**	**137.974,5**[1]	**100,0**	**137.468,8**[1]	**99,9**	**142.142,9**	**100,0**	**145.042,8**[1]	**100,0**	**142.941,6**[1]	**99,9**
PASSIVA												
Bauspareinlagen	84.364,4	59,4	83.610,2	60,6	80.001,1	58,2	82.248,4	57,9	87.802,0	60,5	91.965,8	64,3
Spareinlagen	353,8	0,2	328,0	0,2	290,2	0,2	324,0	0,2	349,3	0,2	355,9	0,2
Schuldverschreibungen	3.528,1	2,5	6.483,7	4,7	7.444,9	5,4	6.215,2	4,4	5.327,8	3,7	5.325,8	3,7
Aufgenommene Fremdgelder	27.229,8	19,2	22.647,3	16,4	26.813,0	19,5	31.264,8	22,0	33.261,5	22,9	26.340,6	18,4
Rückstellungen, Wertberichtigungen	3.947,4	2,8	4.152,0	3,0	4.284,8	3,1	4.662,5	3,3	4.854,3	3,3	5.113,5	3,6
- gezeichnetes Kapital	(943,3)		(943,3)		(943,3)		(952,7)		(952,7)		(934,6)	
- Offene Rücklagen u.a.	(3.662,2)		(3.602,6)		(3.596,4)		(3.631,4)		(3.653,6)		(3.553,8)	
Eigenkapital	4.605,5	3,2	4.545,9	3,3	4.539,7	3,3	4.584,0	3,2	4.606,3	3,2	4.488,5	3,1
Sonstige Passiva	17.902,4	12,6	16.207,4	11,7	14.095,2	10,3	12.843,9	9,0	8.841,6	6,1	9.351,5	6,5
Bilanzsumme	**141.931,4**	**99,9**	**137.974,5**	**99,9**	**137.468,8**[1]	**100,0**	**142.142,9**[1]	**100,0**	**145.042,8**	**99,9**	**142.941,6**[1]	**99,8**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 24:
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2002 bis 2011

Jahresende	Anzahl der angestellten Mitarbeiter[1]	Bilanzsumme		Anzahl der gesamten Bausparverträge	
		(Mio. €)	im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter (Mio. €)		im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter
2002	12.214	117.217,4	9,597	21.224.373	1.738
2003	11.533	124.460,4	10,792	21.491.820	1.864
2004	11.123	134.643,4	12,105	21.429.635	1.927
2005	10.814	141.190,2	13,056	21.107.376	1.952
2006	9.403[2]	141.931,4	15,094	20.539.207	2.184
2007	8.528	137.974,5	16,179	19.875.429	2.331
2008	7.998	137.468,8	17,188	19.423.603	2.429
2009	7.316	142.142,9	19,429	19.157.424	2.619
2010	7.183	145.042,8	20,193	19.088.694	2.657
2011	7.124	142.941,6	20,065	19.104.783	2.682

1) Einschließlich der Auszubildenden und gewerblichen Arbeitnehmer, ohne Aushilfskräfte. Teilzeitkräfte in Vollzeitkräfte umgerechnet.

2) Der Rückgang ist vor allem auf die sozialverträgliche Verschlankung des Personalbestandes einer Bausparkasse im Zuge ihrer Integration in einen Konzern zurückzuführen.

Verzeichnis der privaten Bausparkassen

Aachener Bausparkasse AG
Theaterstraße 92 - 94
52062 Aachen

ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
Alte Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

Bausparkasse Mainz AG
Kantstraße 1
55122 Mainz

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Crailsheimer Straße 52
74523 Schwäbisch Hall

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln

BSQ Bauspar AG
Kunigundenstr. 71
90439 Nürnberg

Debeka Bausparkasse AG
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56073 Koblenz

Deutsche Bank Bauspar AG
Niddagaustraße 42
60489 Frankfurt am Main

Deutsche Bausparkasse Badenia AG
Badeniaplatz 1
76114 Karlsruhe

Deutscher Ring Bausparkasse AG
Ludwig-Erhard-Straße 22
20459 Hamburg

HUK-COBURG-Bausparkasse AG
Willi-Hussong-Straße 2
96445 Coburg

SIGNAL IDUNA Bauspar AG
Kapstadtring 5
22297 Hamburg

Wüstenrot Bausparkasse AG
Hohenzollernstraße 46
71630 Ludwigsburg

Der Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Ehrenvorsitzender

Direktor Walter Englert †,
Ludwigsburg
(bis 02.08.2011)

Verbandsvorstand

Vorsitzender:
Andreas J. Zehnder,
Berlin
(Hauptgeschäftsführer)

Direktor Hans-Joachim Gasda,
Hameln
(bis 11. Mai 2012)

Direktor Michael Hoffelder,
Frankfurt am Main
(bis 11. Mai 2012)

Direktor Matthias Lechner,
Ludwigsburg

Direktor Dieter Pfeiffenberger,
Hameln
(ab 11. Mai 2012)

Direktor Erhard Steffen,
Schwäbisch Hall

Direktor Peter Ulrich,
Mainz

Verbandsgeschäftsstelle

Abteilung Grundsatzfragen:
Dr. Juri Schudrowitz

Abteilung Betriebswirtschaft,
Statistik und Bauspartechnik:
Christian Ketzner

Abteilung Recht und Steuern:
Christian König-Tumpiya
(Verbandssyndikus)

Abteilung Kommunikation:
Alexander Nothaft

Beleihungsfragen und
Kundenbeschwerdestelle:
Sabine Masuch

Europabüro Brüssel:
Anja Gruhn

Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin, Postfach 303079 · 10730 Berlin
Telefon (030)590091-500 · Telefax (030)590091-501
Internet: www.bausparkassen.de · E-Mail: info@bausparkassen.de

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Konzeption und Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

Druck:
in puncto druck+medien GmbH